Zur Wahlkampagne der CDU und F.D.P. Seite 6 und 7

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 39 vom 25. September 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Millionen ehren Genossen Mao Tsetung

Am 18. September, um 15.00 Uhr, begann in Peking auf dem Tiänanmen-Platz eine große und feierliche Trauerkundgebung zu Ehren des Genossen Mao Tsetung, des großen Führers und Lehrers des chinesischen Volkes, des internationalen Proletariats und der revolutionären Völker der ganzen Welt. Drei Minuten lang gedachten die Millionenmassen des chinesischen Volkes in stiller Trauer ihres geliebten Vorsitzenden Mao Tsetung. Im Zeichen der Trauer ertönten zur gleichen Zeit alle Sirenen Chinas. Anschließend verlas Genosse Hua Guo-feng den Nachruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas auf Genossen Mao Tsetung.

Führer und Lehrer. Er steht in einer Reihe mit Marx, Engels, Lenin und Stalin. Sein Werk wird in den Herzen, im Denken und im revolutionären Kampf des Weltproletariats fortleben.

Die marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der ganzen Welt sprachen der Kommunistischen Partei Chinas und dem chinesischen Volk ihr Beileid aus. Sie würdigten die unsterblichen Verdienste des Genossen Mao Tsetung und betonten einhellig, daß sie es als ihre heilige Pflicht ansehen, sein Andenken zu wahren, das von ihm begonnene Werk fortzuführen und ihren eigenen Beitrag zum Sturz des Im-



Pekinger Arbeiter erweisen ihrem geliebten Führer, Vorsitzenden Mao, mit tiefen proletarischen Gefühlen die letzte Ehre.

perialismus, für den weltweiten Sieg der sozialistischen Revolution zu verstärken. In vielen Ländern der Welt riefen die marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen zu Trauerkundgebungen und Trauermärschen zu Ehren des Genossen Mao Tsetung auf. In Paris etwa waren es mehr als 10.000 Menschen, die das Andenken des Genossen Mao Tsetung mit einem Trauermarsch ehrten. So hat sich in diesen Tagen nicht nur das chinesische Volk, sondern haben sich auch die Völker der ganzen Welt noch enger zusammengeschlossen im Kampf für ihr gemeinsames Ziel, dem Kampf gegen Imperialismus und modernen Revisionismus, für den Sieg der Sache der Arbeiterklasse und des Kommunismus.

In diesen Tagen nach dem Tod des Genossen Mao Tsetung gedachten gemeinsam mit dem chinesischen Volk Millionen und Abermillionen in der ganzen Welt dieses größten Marxisten-Leninisten der heutigen Zeit. So wie der Tod von Marx und Engels nicht nur die deutschen Kommunisten, nicht nur das deutsche Volk, der Tod Lenins und Stalins nicht nur die sowjetischen Kommunisten und die sowjetischen Völker erschütterte, so stockte bei der Nachricht vom Tode des Genossen Mao Tsetung nicht nur den chinesischen Kommunisten und dem großen Volk Chinas, sondern den Kommunisten, den Arbeitern und den revolutionären Völkern der ganzen Welt der Atem. Denn Genosse Mao Tsetung war ihrer aller

Trauermarsch zu Ehren des Genossen Mao Tsetung in Köln



Wie in vielen anderen Städten fand in Köln ein Trauermarsch mit Fackeln zu Ehren des Genossen Mao Tsetzung statt, der große Aufmerksamkeit bei der Bevölkerung fand.

HDW - Kiel

Brutaler Polizeieinsatz auf der Werft

Am 3. September hatten die Kapitalisten der Howaldswerke-Deutsche Werft (HDW) in Kiel die Polizei auf die Werft geholt, um die vier kommunistischen Roten Betriebsräte mit brutaler Gewalt aus dem Betrieb zu schaffen. Kurz zuvor hatten die Roten Betriebsräte die fristlose Kündigung bekommen. Die Zustimmung der reaktionären Betriebsräte der IG Metall um den Betriebsratsvorsitzenden Otto Böhm folgte einige Tage später.

Die Betriebszelle der KPD/ML hatte die Werftarbeiter für Montag, den 6. September, erneut zu einer Protestkundgebung am Frühstückscontainer aufgerufen. Und trotz verschärfter Kontrollen gelang es den Roten Betriebsräten auch diesmal, auf die Werft zu kommen und zu den Kollegen zu sprechen. Erneut holten die Kapitalisten die Polizei. Eine ganze Hundertschaft Polizei marschierte mit gezogenen Gummiknüppeln auf der Werft auf, um die Roten Betriebsräte festzunehmen und den Protest der Arbeiter gewaltsam zu unterdrücken. Aber trotzdem hatten sich ca. 600 Kollegen am Frühstückscontainer versammelt und ihr Widerstand gegen die Polizei war diesmal noch stärker und geschlossener als am Freitag zuvor (wir berichteten im „Roten Morgen" 37/76 darüber). Der reaktionäre Betriebsrat Lundius, der die Kundgebung zu stören versuchte, erntete Buh-Rufe und Sprechchöre: „Lundius raus!" Als er mit seinen Provokationen nicht aufhörte, wurde er von den Kollegen verprügelt. Als die Polizei die Roten Betriebsräte festnehmen wollte, bildeten die Arbeiter Ketten und konnten so eine ganze Zeitlang die Festnahme der Genossen verhindern. Bei diesen Zusammenstößen wurde auch ein Kollege, der den Kampf aktiv unterstützte, von der

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

Veranstaltungen zur Grundsatzerklärung



Grundsatzerklärung der KPD/ML

Es spricht Genosse Ernst Aust

SAARBRÜCKEN

25. 9., 19.30 Uhr, Malstatt, Gasthaus „Zum Leipziger Platz".

LUDWIGSHAFEN

26. 9., 15.00 Uhr, Ludwigshafen-Gartenstadt, Gaststätte „Volkshaus", Königsbacherstr. 12.

MÜNCHEN

30.9., 19.00 Uhr, „Thomas-Bräu-Keller, Kapuziner Platz.

WESTBERLIN

2. 10., 19.00 Uhr, „Gesellschaftshaus", Neukölln, Karl-Marx-Str. 131.

Weitere Veranstaltungen siehe Seite 12

AUS DEM INHALT

Das chinesische Volk trauert um Genossen Mao Tsetung 2
Das albanische Volk empfindet tiefen Schmerz über den Tod des Genossen Mao Tsetung 2
Trauerfeiern und Trauermärsche zu Ehren des Genossen Mao Tsetung 3
Marxistisch-leninistische Parteien zum Tod des Genossen Mao Tsetung 3
Gespräch mit Kollegen von HDW: „Wir lassen uns nicht einschüchtern." . 4
Duisburg: Berufungsverhandlung gegen Hanfried Brenner 5
Ausgewählte Werke des Genossen Enver Hoxha erstmals in deutscher Sprache erschienen 8
Nato-Manöver: Ein Soldat berichtet . 10
Die Befreiung Chiles wird im Volkskrieg errungen 11

Das chinesische Volk trauert um Genossen Mao Tsetung

Der Tod des Genossen Mao Tsetung erfüllte das chinesische Volk mit tiefem Schmerz. Die Menschen im Erdbebengebiet von Tangking, die keine Träne vergossen hatten, als das schwere Erdbeben ihre Stadt zerstörte, weinten, als sie die Nachricht vom Ableben des Vorsitzenden Mao Tsetung vernahmen. Hunderttausende erwiesen Genossen Mao Tsetung in Peking die letzte Ehre. Im ganzen Land, in den Städten und auf dem Land, im Norden und im Süden, im Innern des Landes und in den Grenzgebieten versammelten sich Millionen Menschen in Trauer über den Tod ihres geliebten Führers, sprachen über das Leben und Werk dieses großen Marxisten-Leninisten und gelobten, treu und unerschütterlich dieses Werk fortzusetzen, die Diktatur des Proletariats weiter zu festigen und beim Aufbau des Sozialismus noch größere Erfolge zu erringen.

Die Arbeiter des Motorenwerkes Nr. 1 in Schangschun in der Provinz Kirin, das Genosse Mao Tsetung 1958 besucht hatte, versammelten sich bei der Nachricht von seinem Tod auf der Konverter-Plattform, wo Genosse Mao Tsetung sich mit ihnen getroffen hatte. Lange Zeit standen sie dort in stiller Trauer vor seinem Bild. Sie gelobten: „Vorsitzender Mao, die unbesiegbaren Mao-Tsetung-Ideen, mit denen du uns ausgerüstet hast, werden unseren Weg in die Zukunft immer erleuchten."

Die Arbeiter versprachen gleichzeitig, ihre Trauer in Stärke zu verwandeln, die Kritik an Deng Hsiao Ping zu vertiefen und die Produktion voranzutreiben. Am 10. 9., dem Tag nach dem Ableben Mao Tsetungs, verdoppelten die Arbeiter ihre Anstrengungen und erreichten die besten Produktionsleistungen in diesem Jahr. Das Beispiel dieser Arbeiter steht für tausend andere Betriebe in China.

In tiefer Liebe und Verehrung gedachten die Werktätigen auf dem Lande des Genossen Mao Tsetung. Mitglieder der Volkskommunen erinnerten sich an Besuche des Vorsitzenden Mao zur Zeit der Gründung der Volkskommunen. Auch hier schlossen sich die Massen noch enger um die revolutionäre Linie des Genossen Mao Tsetung zusammen, schworen sie, noch entschlossener jeden Versuch, den Kapitalismus in China zu restaurieren, zu bekämpfen, sich noch aktiver an der sozialistischen Revolution und am Aufbau des Sozialismus zu beteiligen.

Ha Hung-hsing, ein Rotgardist während der Großen Proletarischen Kulturrevolution, der heute Mitglied der Leitung des Kommunistischen Jugendverbandes von Peking ist und Arbeiter in einem Bergwerk, erinnerte sich an die unvergeßlichen Kämpfe der Vergangenheit und sagte: „Es war Vorsitzender Mao, der uns im entschlossenen Kampf gegen die konterrevolutionäre revisionistische Linie, vertreten von Liu Schao-tschi, Lin Biao und Deng Hsiao-ping führten und es war Vorsitzender Mao, der uns von Sieg zu Sieg führte. Vorsitzender Mao hat uns verlassen, aber seine Lehre wird uns auch in unseren zukünftigen Kämpfen führen. Wir werden weiter im Geist revolutionärer Rebellen den Kampf gegen die konterrevolutionäre revisionistische Linie Deng Hsiaopings und die Machthaber in der Partei führen, die den kapitalistischen Weg gehen, wir werden auch den Tod nicht fürchten, wenn es darum geht, die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao zu verteidigen."

Auch die Angehörigen der chinesischen Volksbefreiungsarmee und die Angehörigen der Volksmiliz haben in diesen Tagen Kundgebungen organisiert, um das Andenken des großen Führers des chinesischen Volkes zu ehren. Sie verpflichteten sich, sich eng um das Zentralkomitee der KP Chinas zusammenzuschließen und die Volksbefreiungsarmee als eine starke Stütze der Diktatur des Proletariats für die Verteidigung des großen sozialistischen Vaterlandes noch mehr zu festigen.

Wenn die bürgerlichen Zeitungen jetzt fragen: „Was kommt nach Mao?", wenn die Imperialisten nur schlecht ihre Hoffnung darauf, daß China jetzt seine Farbe ändern könnte, verbergen können, dann geben diese Tage, dann gibt das chinesische Volk in seiner eisernen Entschlossenheit, das von seinem geliebten Führer Mao Tsetung begonnene Werk fortzusetzen, all diesen imperialistischen, konterrevolutionären und revisionistischen Elementen, aber auch allen kleinbürgerlichen Zweiflern eine Antwort, wie sie klarer und eindrucksvoller nicht sein kann. Das heroische chinesische Volk wird unter der Führung seiner ruhmreichen Kommunistischen Partei, geleitet vom Marxismus-Leninismus und den Lehren Mao Tsetungs neue Siege in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau erringen und auf seinem Weg fortschreiten, das große Ziel der Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt vor Augen: die Verwirklichung des Kommunismus.



Arbeiter, Bauern, Soldaten und andere Werktätige haben sich vor der Großen Halle des Volkes eingefunden, um Genossen Mao Tsetung, ihrem geliebten Führer, ihre Ehre zu erweisen.

Das albanische Volk empfindet tiefen Schmerz über den Tod des Genossen Mao Tsetung

Die Nachricht vom Tod des Genossen Mao Tsetung wurde im albanischen Volk mit tiefem Schmerz aufgenommen. Die albanische Staatsführung ordnete eine Staatstrauer von drei Tagen an. Am 10. 9., dem Tag nach dem Ableben des Genossen Mao Tsetung, fanden im ganzen Land Kundgebungen und Versammlungen statt.

Die Bau- und Montagearbeiter des Hüttenwerks von Elbasan etwa unterbrachen in den Morgenstunden des 10. 9. ihre Arbeit und versammelten sich auf verschiedenen Plätzen des Werkes. An den Kundgebungen beteiligten sich auch die chinesischen Spezialisten, die beim Bau dieses Werkes mithelfen. Die Arbeiter und Kader, die dort das Wort ergriffen, betonten, daß Genosse Mao Tsetung einen entschlossenen Kampf gegen die Feinde des Marxismus-Leninismus mit den Chruschtschow-Revisionisten an der Spitze geführt und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung hervorragende Dienste geleistet hat. Vertreter der Partei der Arbeit Albaniens, des Staates, der Massenorganisationen und andere Werktätige begaben sich am gleichen Tag in die Wohnungen der chinesischen Spezialisten, die beim Bau der Werke des Fünfjahr-Planes in diesem Bezirk mithelfen, und sprachen ihnen ihr Beileid aus.

Die Werktätigen der Arbeits- und Produktionsstätten der Hauptstadt, Genossenschaftler des Bezirks Tirana, Werktätige der Ministerien und anderer zentralen Institutionen, Vertreter der Massenorganisationen und der Armee, Wissenschaftler und Schüler begaben sich zur chinesischen Botschaft in Albanien, sprachen dort ihr Beileid aus, legten Kränze nieder und gedachten in einem der Säle, in dem ein großes Bild des Genossen Mao Tsetung angebracht ist, dieses großen Marxisten-Leninisten.

Die Liebe und die tiefe Verehrung des albanischen Volkes für Genossen Mao Tsetung kommt auch in den zahlreichen Beileidstelegrammen zum Ausdruck, die von einzelnen Organisationen und von Kundgebungen und Versammlungen aus an die Volksrepublik China gesandt wurden. So heißt es etwa im Telegramm des Zentralrats des Gewerkschaftsverbandes Albaniens unter anderem: „Unter der Führung des Genossen Mao Tsetung verwandelte sich das große Volkschina in einen starken sozialistischen Staat, in ein uneinnehmbares Bollwerk des Sozialismus und der Revolution, der Sache der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker. Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen unseres Landes, die durch den Tod des Genossen Mao Tsetung ihren größten und teuersten Freund verloren, werden niemals die ständige Fürsorge vergessen, die Genosse Mao Tsetung gezeigt hat, um das albanische Volk in hohem internationalistischen Geist beim erfolgreichen Aufbau des Sozialismus zu unterstützen."

Beileidsadresse des Demokratischen Kampuchea

Im Beileidstelegramm des Vorsitzenden des Staatspräsidiums des demokratischen Kampuchea, Khieu Samphan, des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses von Kampuchea, Nuon Chea, und des Ministerpräsidenten der Regierung des demokratischen Kampuchea, Pol Pot, heißt es unter anderem:

„Der Vorsitzende Mao hat zur Befreiung der Nationen und Völker der Welt, zur Diktatur des Proletariats und zur Sache des Kommunismus Beiträge von großer historischer und internationaler Bedeutung geleistet. Der Vorsitzende Mao hat die innige Liebe und grenzenlose Verehrung nicht nur des chinesischen Volkes, sondern auch aller friedliebenden und für Gerechtigkeit eintretenden Völker der Welt erworben."

In dem Beileidstelegramm heißt es weiter:

„Das Ableben des Vorsitzenden Mao Tsetung ist für die Kommunistische Partei Chinas, die großartige Volksbefreiungsarmee und das chinesische Volk ein unermeßlicher Verlust und bedeutete zugleich auch für die unterjochten Nationen und unterdrückten Völker, für alle revolutionären Völker der Welt, für die Sache des Sozialismus und Kommunismus einen gewaltigen Verlust."

In dem Beileidstelegramm wird weiter ausgeführt:

„Auch für das Volk und die Regierung unseres demokratischen Kampuchea ist das Hinscheiden des Vorsitzenden Mao Tsetung ein äußerst schmerzlicher Verlust. Wir werden seine innigsten Gefühle und seinen überaus erhabenen internationalistischen Geist gegenüber der Revolution und dem Volk Kampucheas niemals vergessen."

Offen gesagt ...

Wie feige Ratten

Mit einem empörten Aufschrei reagierte die revisionistische Presse auf die Tatsache, daß die Volksrepublik China die Telegramme, die die Häupter der revisionistischen Parteien zum Tode des Genossen Mao Tsetung nach China sandten, nicht annahm, sondern zurückschickte. „Taktlos", „Verletzung aller Gesetze der Höflichkeit", entrüstete sich die UZ, die Zeitung der D„K"P.

Diese Heuchler! Dienten doch ihre sogenannten Beileidstelegramme zu nichts anderem, als ihre unverhohlene Freude über den Tod des Genossen Mao Tsetung, der immer an der Spitze des Kampfes gegen den modernen Revisionismus gestanden hat, zu verbergen.

Bereits einen Tag nach dem Ableben des Genossen Mao Tsetung, am 10. 9., druckte die UZ Auszüge aus einer Erklärung des Präsidiums der D„K"P ab, in der diese Konterrevolutionäre ihrer Hoffnung Ausdruck gaben, daß „das chinesische Volk den Maoismus überwinden wird und China zu einer wirklich auf dem Boden von Marx, Engels und Lenin gegründeten Politik zurückfindet..." Kann man seinen maßlosen Haß auf das sozialistische China, auf das Bollwerk der Weltrevolution noch deutlicher zeigen? Kann man noch unverhohlener seiner zügellosen Gier nach der Einverleibung des sozialistischen China in das Lager des Revisionismus, in das Lager des Kapitalismus Ausdruck verleihen? Braucht es noch mehr Beweise, um zu sehen, daß „Beileidsadressen" von den gleichen Leuten geschrieben, die offen zum Sturz des Sozialismus in China aufrufen und dabei noch die Namen von Marx, Engels und Lenin mißbrauchen, nichts anderes sind, als der erste, feige Versuch von Ratten, die aus ihren Löchern kriechen, um das Terrain für die Verwirklichung ihrer konterrevolutionären Pläne zu sondieren?

Das sozialistische China hat ihnen die gebührende Antwort erteilt!

Die Volksrepublik China wird niemals ihre Farbe wechseln! Wenn es in einem Kommentar in der UZ, in dem noch einmal der Hoffnung der modernen Revisionisten auf eine Restauration des Kapitalismus in China Ausdruck verliehen wird, schließlich heißt: „Doch wie es in China weitergeht, das hängt von dem chinesischen Volk, von den chinesischen Kommunisten ab", dann kann man dazu nur sagen: Das chinesische Volk hat unter der Führung seiner Kommunistischen Partei oft genug gezeigt, was es von „chinesischen Kommunisten" Marke Moskau hält. Es wird auch in Zukunft einen jeglichen Versuch kapitalistischer Machthaber vom Schlage eines Liu Schao-tschi, eines Lin Biao und Deng Hsiao-ping, die Diktatur des Proletariats zu stürzen, vereiteln, das unter der Führung des Genossen Mao Tsetung begonnene Werk fortsetzen und bei der Weiterführung der sozialistischen Revolution weiter von Sieg zu Sieg schreiten.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 300526 Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600—465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



Hunderte Menschen beteiligen sich am Trauermarsch mit Fackeln zu Ehren des Genossen Mao Tsetung in Köln.



Ehre dem Andenken des Genossen Mao Tsetung. Trauerfeier in Essen.



Ewiger Ruhm dem Genossen Mao Tsetung. Trauerfeier der KPD/ML in Mannheim.

Trauerfeiern und Trauermärsche zu Ehren des Genossen Mao Tsetung

Über 2.000 Menschen nahmen am Freitag abend an Trauermärschen zu Ehren des Genossen Mao Tsetung in Hamburg, Hannover, Köln, Frankfurt, Stuttgart, München und Westberlin teil. Die feierlichen Fakkelzüge fanden in allen Städten große Aufmerksamkeit bei den Werktätigen.

Fast in jedem Haus verfolgten Menschen den Zug von ihrem Fenster aus. Die Trauermärsche fanden ihren Abschluß mit einer Kundgebung, auf der Redner der Partei in kurzen Ansprachen das Leben und Werk des Genossen Mao Tsetung würdigten, nachdem die Teilnehmer die chinesische Hymne „Der Osten ist rot" gesungen hatten. Die Kundgebungen klangen aus mit dem gemeinsamen Singen der Internationale.

Am Anfang der Woche hatte die Partei in zahlreichen Städten zu Trauerfeiern zum Gedenken an Genossen Mao Tsetung eingeladen. Auf diesen Feiern wurde eine Rede des Zentralkomitees der KPD/ML verlesen, die die unsterblichen Verdienste des Genossen Mao Tsetung als Führer und Lehrer nicht nur des chinesischen, sondern des Weltproletariats und aller revolutionären Völker hervorhob und alle Genossen der Partei, der ROTEN GARDE und alle Revolutionäre aufrief, die Trauer in Stärke zu verwandeln und einen noch größeren Beitrag für den Sieg der sozialistischen Revolution, für die Verwirklichung unseres Ziels, der Schaffung eines vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschland, zu leisten.

Insgesamt nahmen mehrere Tausend Menschen an diesen Trauerfeiern teil, die in folgenden Städten stattfanden: in Hamburg, Bremen, Lübeck, Neumünster, Flensburg, Schleswig, Dortmund, Recklinghausen, Bochum, Düsseldorf, Duisburg, Aachen, Essen, Wuppertal, Köln, Gelsenkirchen, Bielefeld, Münster, Mülheim/Oberhausen, Hannover, Kassel, Tübingen, Freiburg, Heilbronn, Reutlingen, Heidenheim, Karlsruhe, Braunschweig, Frankfurt, Saarbrücken, Mainz, Gießen, Trier, Darmstadt, Mannheim, Wiesbaden, Rüsselsheim, Singen, Stuttgart, Nürnberg, München, Westberlin, Würzburg, Kempten, Kiel.

Marxistisch-leninistische Parteien zum Tode des Genossen Mao Tsetung

Die marxistisch-leninistischen Parteien der ganzen Welt haben in Beileidsadressen ihrem tiefen Schmerz über den Tod des Genossen Mao Tsetung Ausdruck gegeben. Alle Parteien betonen, daß das Ableben des Genossen Mao Tsetung ein unermeßlicher Verlust nicht nur für das chinesische Volk, sondern für die internationale kommunistische Bewegung, für das internationale Proletariat und die Völker der ganzen Welt ist. Gleichzeitig geloben alle diese Parteien, daß sie die Trauer in Stärke verwandeln werden und noch entschlossener dafür kämpfen werden, das Werk des Genossen Mao Tsetung fortzusetzen, der Sache des Sozialismus, des Kommunismus zum Sieg zu verhelfen.



Die französischen Genossen während einer Gedenkminute zu Ehren des Genossen Mao Tsetung.

Wir drucken im folgenden kurze Auszüge aus einigen Beileidsadressen ab.

In der Beileidsadresse der KPF/ML (Frankreich) heißt es unter anderem:

„Vorsitzender Mao war der größte Marxist-Leninist der heutigen Zeit. Mit dem Tod des Vorsitzenden Mao stirbt einer der bedeutendsten revolutionären proletarischen Führer. Dieser Verlust trifft nicht nur die Kommunistische Partei und das Volk Chinas, sondern auch das Proletariat, die unterdrückten Nationen und die revolutionären Völker der ganzen Welt...

Genosse Mao Tsetung ist tot, aber sein Werk lebt fort in der Festigung der Diktatur des Proletariats gegen jeden Versuch der Wiedererrichtung der Diktatur der Bourgeoisie, im Triumph des Sozialismus über den Kapitalismus, im Kampf für das Endziel des Kommunismus."

In der Beileidsadresse der KPB/ML (Belgien) heißt es unter anderem:

„Vorsitzender Mao entwickelte die Lehre Lenins über den Klassenkampf im Sozialismus weiter, zog die Lehre aus der revisionistischen Entartung der UdSSR nach dem Tode Stalins, führte mit großer Meisterschaft den Kampf gegen den Revisionismus innerhalb der internationalen kommunistischen Weltbewegung und in China selbst...

Mao Tsetung steht in einer Reihe mit den Führern der proletarischen Revolution: Marx, Engels, Lenin und Stalin. Das Studium ihres Lebens und ihres Werkes ist wegweisend für alle Revolutionäre der Welt..."

In der Beileidsadresse der AKP/ML (Norwegen) heißt es unter anderem:

„Genosse Mao Tsetung und die Kommunistische Partei Chinas stellten sich an die Spitze des Kampfes zur Entlarvung des modernen Revisionismus, der nach Stalins Tod in der KPdSU die Macht ergriff. Genosse Mao Tsetung zeigte, daß der Sozialismus und die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion gestürzt wurden, daß sie unter Chruschtschow und Breschnew durch den Kapitalismus und eine faschistische Diktatur ersetzt wurden...

Er initiierte persönlich die Große Proletarische Kulturrevolution von 1966 zur Festigung der Diktatur des Proletariats und zur Verhinderung der Restauration des Kapitalismus in China. Vorsitzender Mao setzte diesen Kampf bis zu seinem Tod unerbittlich fort.

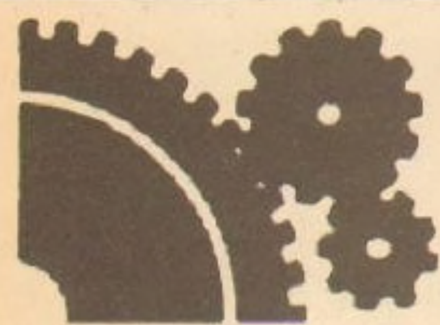
Genosse Mao Tsetung hat uns verlassen, aber sein Werk ist unsterblich. Zusammen mit den Lehren der anderen Klassiker werden seine Lehren den revolutionären Kampf der Kommunisten und des Proletariats der ganzen Welt leiten."

In der Beileidsadresse der SKP (Schweden) heißt es unter anderem:

„Vorsitzender Mao hat immer den Kampf gegen den modernen chruschtschowschen Revisionismus und den sowjetischen Sozialimperialismus geführt. Unter der Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung haben die chinesischen Kommunisten unnachgiebig und ohne Kompromisse gegen die verräterischen Machenschaften der sowjetischen Führer gekämpft...

Die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus durch Vorsitzenden Mao Tsetung hat die Kommunisten und ihre Kommunistischen Parteien in aller Welt geleitet. Das ist der Grund dafür, warum kein anderer in unserer Zeit sich im Kampf um die proletarische Befreiung und die sozialistische Revolution so große Verdienste erworben hat wie Vorsitzender Mao Tsetung."

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Wie die Arbeiter und Angestellten bei Adler-Kabel ausgepreßt werden

Liebe Genossen!

Seit ca. einem 3/4 Jahr arbeite ich in der Fa. Adler-Kabel als Maschinenschlosser. Ich möchte Euch nun berichten, wie der Kapitalist Waskönig, dem der Laden gehört, die Arbeiter und Angestellten bis auf den letzten Tropfen Blut auspreßt.

***Der Staat — ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse.* (Lenin)**

Wie bestimmt jeder weiß, müssen Überstunden immer beim Gewerbeaufsichtsamt angemeldet werden. Wenn eine Firma dagegen verstößt, wird sie mit Geldstrafe belegt. So die Gesetze. Und wie sieht die Wirklichkeit aus?

Kapitalist Waskönig läßt in aller Seelenruhe Überstunden ohne Genehmigung machen. Die zwei Schichten sind schon eine Quälerei. Nun dauert aber eine Schicht nicht mehr acht, sondern zehn Stunden. Die Arbeit dauert von 6.00 Uhr bis 16.00 Uhr, die zweite Schicht vom 16.00 Uhr bis 2.00 Uhr nachts. Und das geht monatelang so.

Bevor ich dort angefangen habe, wurden sogar zweimal 12 Stunden gearbeitet, natürlich auch ohne Überstundengenehmigung. Der Betriebsrat hat all dem zugestimmt, bzw. er ist nicht dagegen eingeschritten. Die Firma macht dabei ein doppeltes Plus. Erstens braucht sie nichts für die Überstundengenehmigung zu bezahlen und zweitens spart sie die Arbeitskräfte für die dritte Schicht. Es ist klar, selbst wenn das Gewerbeaufsichtamt von diesen Überstunden erfährt, wird immer wieder ein Auge (oder gleich beide) zugedrückt. Schließlich arbeitet ja diese staatliche Institution im Auftrage der Kapitalisten und wird von ihnen bezahlt.

Bei den Angestellten ist es ähnlich. Als Inventur gemacht wurde, mußten die Angestellten am Samstag arbeiten kommen. Das ist bei der Firma sicher nichts Ungewöhnliches. Die Angestellten bekamen aber nicht einen Pfennig für die acht Stunden (!). Schließlich, so hieß es, kommt ihnen die Firma ja auch entgegen, wenn sie mal zu spät kommen oder früher gehen wollen, da wird ihnen ja auch nichts abgezogen.

Der Mensch ist nichts wert — nur der Profit zählt.

Als kürzlich ein Kollege (24 Jahre bei der Adler-Kabel; vier Finger der rechten Hand verloren, nur noch einen halben Magen) auf Rente gehen wollte, wurde er gefragt, ob er nicht noch ein paar Wochen länger arbeiten würde, weil ein anderer Urlaub hat. Der Kollege erzählte selber, daß er es wohl nicht mehr lange machen wird. Und da wollen diese Strolche ihm von seinen letzten Tagen noch ein paar Wochen nehmen — damit der Profit stimmt

Und nur aus Profitsucht werden in der ganzen Firma keine anständigen Luftreinigungsanlagen installiert, was dringend notwendig ist. Denn die PVC-Masse wirbelt im ganzen Betrieb herum. Im Neubau, der erst seit ca. einem Jahr steht, liegt der PVC-Staub schon drei bis vier Zentimeter dick auf den Rohren, die durch die Halle gehen. Er würde bestimmt schon höher liegen, wenn noch mehr raufpassen würde. All diesen Dreck atmen die Kollegen Tag für Tag ein, und kein Gewerbeaufsichtsamt, keine Umweltschutzkommission schreitet dagegen ein.

Die meisten Kollegen maulen nun schon immer mehr dagegen. Aber keiner traut sich recht, etwas gegen die ungeheuren Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen zu tun. Viele versuchen, noch einen individuellen Ausweg zu suchen. Aber den gibt es nicht. Man kann wohl dies oder das verändern, die Ausbeutung vorübergehend etwas erträglicher machen. Aber, nur wenn man den Kapitalisten ihre Staatsmaschine zerschlägt, die es ihnen ermöglicht, uns auszubeuten, kann etwas Grundsätzliches geändert werden. Dann werden die Herrschenden gestürzt, werden ihnen die Produktionsmittel weggenommen, werden die Arbeiterklasse und das werktätige Volk eine Diktatur über die ehemaligen Unterdrücker errichten, und solche (wie die aufgezählten Schweinereien) werden der Vergangenheit angehören, wenn wir die Macht haben.

Rot Front, ein Genosse aus Westberlin

Standardbrief der LVA zur Ablehnung von Heilbehandlungen

Liebe Genossen!

„Die Landesversicherungsanstalt ... **kann** ... eine Heilbehandlung gewähren, wenn die Erwerbsfähigkeit des Versicherten infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen gefährdet oder gemindert ist und voraussichtlich erhalten, wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden kann.

Die inzwischen durchgeführte Begutachtung hat ergeben, daß zur Zeit durch eine Heilbehandlung ein wesentlicher Einfluß auf Ihre Erwerbsfähigkeit nicht zu erwarten ist. Wir bedauern, daher Ihrem Antrag nicht entsprechen zu können."

So lautet der Text eines gedruckten Standardbriefes, mit dem die LVA Schleswig-Holstein auch meiner Mutter eine Kur ablehnte.

Deutlicher kann man es wirklich nicht mehr sagen, was „Gesundheitsfürsorge" im Kapitalismus bedeutet:

„Bestehen noch Chancen, daß Du wieder für die Kapitalisten schuften kannst, na gut, dann flicken wir Dich noch mal zurecht. Wenn nicht, lohnt sich das eben nicht mehr und Du kannst zusehen, wo Du abbleibst."

Es wir wirklich höchste Zeit, daß diese profitgierigen Menschenschinder mitsamt ihrem Anhang verjagt werden und die Arbeiter ihren Staat aufbauen.

Rot Front,
ein Rotgardist

„Krankenpflegeschule Nürnberg sucht Auszubildende" — ein unverschämter Bluff

Liebe Genossen!

Ich möchte Euch heute über einige Geschehnisse hier in den Städtischen Krankenanstalten berichten:

Bei uns ist seit längerer Zeit eine „Wirtschaftsprüfungskommission der Firma Wibera" tätig. Nichts anderes als Stopper. Das Ergebnis ihrer Arbeit haben jetzt bereits einige zu spüren bekommen. So wurde einer Schülerin, die gerade Examen gemacht hatte, eine Stelle auf einer Station der inneren Medizin zugesichert. Als sie dann kurz nach dem Examen dorthin geht, um sich einmal zu erkundigen, wie sie denn Dienst hat, wird ihr gesagt, die Stelle sei zwar frei geworden, da eine Schwester gekündigt hätte, aber die Planstelle sei daraufhin einfach gestrichen worden. Nun steht sie da und weiß nicht, wohin sie jetzt geschickt wird. Das Gerücht geht um, daß zwölf Stellen auf der Psychatrie gestrichen werden. Die Kollegen sind unruhig und haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Die Oberen hüllen sich in Schweigen.

Seit einiger Zeit melden sich an der Krankenpflegeschule immer für jeden Kurs ca. 400 Bewerber an, 40 werden höchstens genommen. Nun hat die Stadt Nürnberg am letzten Montag in die Zeitung eine Annonce setzen lassen: Krankenpflegeschule Nürnberg sucht Auszubildende. Bis Montag Abend waren bereits über 100 Bewerbungen da. Ein Zeichen der Not der Jugendlichen. Doch das Ganze ist ein unverschämter Bluff, es gibt nämlich gar keine Stellen mehr. Die Kollegen der Jugendvertretung waren empört. Ihre einhellige Meinung: ein gemeiner Wahlkampftrick der SPD. Die wollen sich damit brüsten, daß sie für Ausbildungsplätze sorgen.

Rot Front, eine Genossin aus Nürnberg

HDW - Kiel

Brutaler Polizeieinsatz auf der Werft

Fortsetzung von Seite 1

Polizei festgenommen.

Die Empörung der Werftarbeiter war groß. Fast ein Viertel von ihnen hatte schließlich der Roten Liste bei den Betriebsratswahlen ihre Stimme gegeben. Und obwohl die Kapitalisten und die reaktionäre Betriebsratsmehrheit ein Komplott nach dem anderen ausheckten, um die Roten Betriebsräte zu isolieren und auszuschalten, obwohl sie mit übler Hetze und brutalem Terror gegen die Roten Betriebsräte vorgingen, wuchs das Vertrauen der Werftarbeiter zu den Genossen der Roten Liste ständig, die sich um die Sorgen und Nöte der Kollegen kümmerten, ihre Forderungen gegenüber den Kapitalisten vertraten und ihren Kampf gegen die Ausbeutung unterstützten. Gegenüber Meistern und Vertretern der reaktionären Böhm-Clique wurde oft gedroht: „Wenn unsere Forderung nicht erfüllt wird, dann holen wir den Roten Betriebsrat."

„In jeder Phase des Kampfes", erzählte uns ein Roter Betriebsrat, *„hat ten wir die Unterstützung der Kollegen. Ohne die Kollegen hätten wir nach der Kündigung nie das Werftgelände betreten können. Die Kollegen stellten sich als Zeugen gegen Werksschützer zur Verfügung und gegen die Behauptung, der Rote Betriebsrat Bernd habe den Produktionsablauf gestört. Wenn Bernd die Werksschützer abgehängt hatte, schickten sie sie in eine andere Richtung. Die Kollegen trugen ihre Probleme an uns heran. Viele sagten, daß sich die IGM-Betriebsräte nicht sehen ließen und wir diejenigen seien, die sich für sie einsetzten.*

Die Ereignisse der letzten Wochen und besonders der brutale Polizeieinsatz auf der Werft haben vielen Kollegen mit einem Schlag klar gemacht, wie „frei" in Wirklichkeit die Wahlen sind, in denen sie den Betriebsrat gewählt hatten. **Im Kapitalismus gibt es nur die Freiheit, Leute zu wählen, die im Dienst der Ausbeutung stehen, Lakaien der Kapitalistenklasse, bestochene, karrieristische Arbeiterverräter. Wenn sich die Arbeiter aber gegen ihr Lohnsklavendasein erheben, wenn sie den Kampf für ihre Interessen aufnehmen, wenn sie den DGB-Bonzen und D„K"P-Revisionisten und ihren reformistischen klassenversöhnlerischen Parolen eine Abfuhr erteilen, wenn sie sich um ihre wirklichen Vertreter, um die marxistisch-leninistischen Revolutionäre zusammenschließen, dann wird der Schleier gelüftet. Dann zeigt sich, daß diese „freiheitlich-demokratische Grundordnung" nichts anderes ist, als eine Diktatur über die arbeitenden Massen.**

Der Kampf auf HDW wird jetzt weitergehen. An einer Demonstration, am 15. September, zu der die Partei aufgerufen hatte, beteiligten sich 150 Menschen, darunter auch Kollegen von HDW. Auch zu der abendlichen Veranstaltung, an der sich sechzig Menschen beteiligten, waren Kollegen von HDW gekommen.



Die vier Roten Betriebsräte Bernd Woitalla, Detlef Gosau, Hans Komnick und Peter Sothen (von links).

„Der Kampf um unsere Wiedereinstellung", sagte uns einer der Roten Betriebsräte, *„steht jetzt im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir bemühen uns, die fortgeschrittensten Kollegen um uns zu scharen und im Kampf für unsere Wiedereinstellung die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen. Wir werden unsere Entlassung zu einem Bumerang für die Bourgeoisie machen."*

Es wird sich zeigen, daß der Kampf auf HDW nicht nur ein Abwehrkampf gegen die Angriffe des Feindes ist, sondern daß er gleichzeitig dazu dient, die Einheit der Werftarbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten, die Schmiedung der revolutionären Klassenfront im Betrieb voranzutreiben.

Gespräch mit Kollegen von HDW

"Wir lassen uns nicht einschüchtern!"

Als ein Kollege gegen die Festnahme des Roten Betriebsrates Bernd Woitalla protestierte, wurde er von der Polizei gleich mit in den Wagen gestoßen. Wir fragten den Kollegen:

Weshalb hat HDW Polizei auf der Werft eingesetzt?

„Ganz einfach, weil sie Angst haben, weil sie ganz genau wissen, daß wir uns das nicht gefallenlassen, daß sie unsere gewählten Roten Betriebsräte einfach rausschmeißen. Denn es waren bzw. sind schließlich die Roten Betriebsräte, die unsere Interessen konsequent vertreten haben."



Die Polizei rückt mit einer Hundertschaft in den Betrieb ein.

Und was ist mit D„K"P-Betriebsrat Odenwald?

„Odenwald gehört zu den Betriebsräten, die kein Interesse daran haben, für unsere Rechte einzutreten. Er ist korrupt, arbeitsscheu und versoffen. Er und die anderen Betriebsräte von der IG-Metall reden von den gemeinsamen Interessen des HDW-Vorstandes und der Belegschaft und handeln im Interesse der Geschäftsleitung. Sie haben schließlich auch Bernd Woitalla und jetzt auch die anderen drei mit rausgeschmissen. Die Roten Betriebsräte haben schon in ihrem Programm gesagt, daß sie nicht mit den Kapitalisten zusammenarbeiten. Und in ihrer Praxis haben sie das auch gezeigt. Sie haben z. B. die Ursachen des schrecklichen Explosionsunglücks in der Gasanlage 2 aufgedeckt und dafür die unersättliche Profitgier von HDW verantwortlich gemacht."

War die Polizei nur dazu da, die Roten Betriebsräte von der Werft zu werfen?

„Nein, das habe ich ja am eigenen Leibe erfahren. Sie haben mich auch mitgenommen, weil ich aktiv unser Recht verteidigt habe. Dadurch wollten sie alle Kollegen einschüchtern, um die aktive Solidarität mit den Roten Betriebsräten zu zerstören. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir werden weiter darum kämpfen, daß die Roten Betriebsräte wieder auf die Werft kommen, alle vier!"

Wir fragten einen weiteren Kollegen, der durch den Kampf der Partei um die Roten Betriebsräte Kontakt zu uns bekam, unsere Treffs seitdem besucht und uns aktiv unterstützt:

Warum sind gerade die Roten Betriebsräte rausgeflogen?

„Weil sie zuviel aufgedeckt haben, weil sie Kommunisten sind. Sie haben sich nicht kaufen lassen, sondern arbeiten im Interesse der Kollegen. Sie sind die Aktivsten, die unsere Rechte verteidigen gegen die Angriffe von HDW. Ein Otto Böhm fliegt natürlich nicht raus, weil die da oben alle Dreck am Stecken haben und sich gegenseitig decken. Sie sind wie die Mafia."

Zum Polizeieinsatz meinte der Kollege:

„Gegen vier Kommunisten hätten vielleicht eine Handvoll Polizisten genügt. Die Hundertschaft, das kann sich jeder ausrechnen, sollte gegen die Belegschaft eingesetzt werden, wobei wahrscheinlich auch Unbeteiligte betroffen worden wären. Jeder, der den Zugführer der halben Hundertschaft wild mit dem Schlagstock fuchteln sah, konnte sehen, daß er scharf darauf war, ihn auf unsere Köpfe sausen zu lassen, Soweit wollten es Lundius (Betriebsrat) und ein Werkschützer doch nicht kommen lassen. Sie wiesen den Polizeizug schnell ab. Es ist unbedingt notwendig, unseren vier Betriebsräten volle Unterstützung zu gewähren, so wie sie uns unterstützt und sich für unsere Interessen eingesetzt haben. Sonst werden bei der nächsten Wahl Betriebsräte, die sich dermaßen für uns einsetzen, genauso schnell von der Werft befördert werden."

Duisburg

Berufungsverhandlung gegen Hanfried Brenner

Die Berufungsverhandlung im Prozeß gegen Genossen Hanfried Brenner ist im großen und ganzen abgeschlossen. Bei Redaktionsschluß hatte allerdings die Urteilsverkündung noch nicht stattgefunden.

Es ging der bürgerlichen Klassenjustiz bei diesem Prozeß nicht allein darum, einen Kommunisten wegen seiner marxistisch-leninistischen Gesinnung und seiner Teilnahme am Kampf für die Verbreitung der Wahrheit über den Tod des Genossen Günter Routhier zu verurteilen; die Klassenjustiz wollte in diesem Prozeß darüberhinaus den Polizeiüberfall, der Günter das Leben kostete, rechtfertigen. Der Gerichtssaal war teilweise von mehr als 10 Polizeispitzeln und bewaffneten Kripobeamten besetzt.

Am 5. Juni 1974 hatte zivile Polizei im Duisburger Arbeitsgericht, nachdem die Klage des Genossen H. Brenner gegen seine fristlose Entlassung durch die Mannesmann-Kapitalisten abgelehnt worden war, auf die anwesenden Genossen einen brutalen Überfall durchgeführt. Dabei wurde der 45jährige Genosse Günter Routhier, der an einer Bluterkrankheit litt, rücksichtslos mißhandelt. Unter anderem stießen ihn die Polizisten, die ihn festgenommen hatten, die Treppen hinunter, so daß er mit dem Kopf mehrfach hart aufschlug und das Bewußtsein verlor. Die Verletzungen, die Genosse Günter hierbei erlitt, führten zu einer Gehirnblutung, an der er am 18. Juni starb.

Genosse H. Brenner wurde zum einen wegen Flugblättern und der Dokumentation der KPD/ML, unter denen er als Verantwortlicher zeichnete, zum anderen aber auch wegen der Vorgänge im Arbeitsgericht angeklagt. In 1. Instanz war er zu 12.000 DM Geldstrafe verurteilt worden; u. a. wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt", „Körperverletzung", „Verunglimpfung des Staates" (§ 90 a) und „Volksverhetzung". In dem Jahr, das seit dem ersten Prozeß vergangen ist, ist der Kampf gegen die Vertuschung und Unterdrückung der Wahrheit weitergegangen. Durch Professor Krauland, einem Gerichtsmediziner aus Westberlin, wurde ein neues gerichtsmedizinisches Gutachten erstellt, mit dem die Behauptungen des ersten Gutachtens (von Professor Adebahr), daß die Blutung im Gehirn spontan und nicht durch Gewalteinwirkung verursacht wurde, widerlegt wird, und das die Feststellungen der KPD/ML im wesentlichen bestätigt. Unter diesem Vorzeichen fand jetzt die Berufungsverhandlung gegen Genossen Brenner statt.

Schon in der ersten Verhandlung hatte Hanfried durchgesetzt, daß auch die zwei Polizisten Kluten und Werner als Zeugen vernommen wurden, die Günter die Treppen hinuntergestoßen hatten. Sie hatten sich schon damals bei dem Versuch, die Tat zu leugnen, in schwere Widersprüche verwickelt. In der Berufungsverhandlung stellte jetzt Werner wieder eine neue Version auf. Obwohl verschiedene Zeugen, so auch Kluten, bestätigten, daß Werner vom Vorraum des Arbeitsgerichts aus, zusammen mit Kluten, Günter Routhier in den Polizeigriff nahm und abführte, behauptete er jetzt, er sei erst gerade das Treppenhaus hochgekommen, als Günter schon hinunterstürzte; er habe, da er anfangs „weggesehen" habe, Günter überhaupt erst gesehen, als er schon gestürzt war und auf dem Treppenabsatz lag. Kluten seinerseits versuchte indirekt, Werner als Täter hinzustellen, indem er aussagte, er wisse nicht, warum es zu dem Sturz gekommen sei, ob Günter sich loszureißen versucht habe, oder wie es nun gewesen sei; er könne „aber auch nicht ausschließen, daß Günter Routhier einen Stoß erhalten habe". Das sagte er, als ihm die Aussage von Pit, dem Sohn Günters vorgehalten wurde. Pit hatte gesehen, wie Kluten und Werner im Treppenhaus seinem Vater brutal die Arme verdrehten und ihm dann einen Stoß gaben, so daß er hinunterstürzte.

Da es der Bourgeoisie immer weniger gelingt, zu vertuschen, daß Günter an den Folgen eines schon lange vorher geplanten Polizeieinsatzes starb, versucht sie gleichzeitig, diesen Polizeieinsatz mit verschiedenen Lügen als „Abwehrhandlung" gegen Angriffe der im Gerichtssaal anwesenden Genossen hinzustellen. Der Kern dieser Lügen ist: Eine Übermacht von 20 KPD/ML-Anhängern habe um Hanfried Brenner, als dieser nach der Urteilsverkündung mit dem Megaphon aus dem Fenster sprach, einen „Schutzwall" gebildet. Als Sauerwald, der Leiter des Polizeieinsatzes, höflich die Herausgabe des Megafons und den Abbruch der Rede gefordert hätte, seien die Polizisten von dem „Schutzwall" wie wild angegriffen worden.

Dieses Märchen wurde von Hanfried und seinem Rechtsanwalt jetzt vollständig zerfetzt. Sie konnten nachweisen, daß die Polizei hereingestürzt kam und ohne Warnung zuschlug. Als die Polizisten angriffen, standen nur noch ein Genosse und eine Genossin neben Hanfried am Fenster. Mehr blieb in der Beweisaufnahme von dem berüchtigten „Schutzwall" und der KPD/ML-Übermacht nicht übrig.

Daß die Polizei überhaupt eingriff, wird damit begründet, die Rede, die Hanfried aus dem Fenster über seine Entlassung und das Urteil des Arbeitsgerichts gehalten hat, sei eine „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" gewesen. Aber diese Begründung entlarvt sich als fadenscheinig. Denn eine Stunde zuvor, in der Verhandlungspause, hielt Hanfried auf der Einkaufsstraße vor dem Gericht eine mindestens ebenso „staatsfeindliche" Rede. Die gleichen Polizisten standen, einschließlich ihres Einsatzleiters Sauerwald, dabei, ohne im geringsten dagegen einzuschreiten! Wie erklärt sich das? Ganz einfach: Der Plan der Polizei war der, nicht auf der Straße sondern im Gerichtssaal über die Genossen herzufallen, wo man keine Zeugen hatte und wo eine Unterstützung der Kommunisten durch Passanten unmöglich war. Es gibt Beweise dafür, daß der Polizeieinsatz seit Monaten geplant war.

Ein Erfolg des Kampfes der Partei ist es, daß in dem Berufungsprozeß das Krauland-Gutachten als Beweismittel zugelassen und verlesen werden mußte. Dieses Gutachten beweist nicht nur zwingend, daß Günter an den im Arbeitsgericht erlittenen Verletzungen starb, sondern es entlarvt auch indirekt das alte Gutachten Adebahrs und die Obduktion im Essener Klinikum als den Versuch, die wirklichen Todesursachen nicht etwa aufzuklären, sondern vielmehr zu vertuschen. So wird z. B. auch darauf hingewiesen, daß Adebahr sogar Anzeichen für erkennbare äußerliche Verletzungen am Kopf von Günter Routhier einfach ignorierte. Schon in früheren Verhandlungstagen hatte Hanfried mehrfach die Umstände der Obduktion angeprangert. Die Vertrauensärztin von Rotraut Routhier, wie auch die Studenten, waren gewaltsam von der Obduktion unter Einsatz schwerbewaffneter Polizeikräfte ferngehalten worden. Ein Augenzeuge bestätigte diese Tatsachen vor Gericht.

Bereits nach der Verlesung des Urteils der 1. Instanz hatte der Staatsanwalt erklärt: „Unabhängig von den Ursachen des Todes Günter Routhiers muß Brenner wegen seiner strafbaren Handlungen auf jeden Fall abgeurteilt werden." Das ist die Logik der bürgerlichen Klassenjustiz: Die Tatsachen, die Beweise spielen letztlich keine Rolle. Wer die Wahrheit über Günters Tod verbreiten half, wird nach wie vor verfolgt und „abgeurteilt". Das zeigt jedoch auch: Die Verbreitung der Wahrheit über die Taten des bürgerlichen Staates, über seine Funktion als Unterdrückungsmaschine der Kapitalistenklasse, über die Rolle der Polizei als Bürgerkriegstruppe gegen das Proletariat bedeutet eine große Gefahr für die herrschende Klasse. Denn diese Wahrheit rüttelt die Menschen auf, sie zerstört Illusionen und läßt die revolutionären Ideen unter den Massen Wurzeln schlagen.

Wir haben heute nicht die Macht, zu verhindern, daß Genosse Hanfried und viele andere Genossen verurteilt und bestraft werden. Aber wir können erreichen, daß die Versuche der Bourgeoisie, die Wahrheit zu unterdrücken, vollständig scheitern.

Versuchte Brandstiftung im Parteibüro Bremen

Es geschah am Abend des 13. 9., knapp eine Stunde nach der Trauerfeier der KPD/ML zu Ehren des Genossen Mao Tsetung in Bremen. Genossen, die sich im Parteibüro aufhielten, hörten an der Eingangstür etwas rascheln. Als sie nachschauten, sahen sie, daß ein Mann Papier durch den Postschlitz der Tür gesteckt hatte und dieses anzuzünden versuchte. Als der Mann sah, daß er beobachtet wurde, lief er weg und flüchtete in einen nahegelegenen Imbiß. Die Genossen stellten ihn dort und holten die Polizei.

Die Polizei nahm den Mann, einen gewissen Günter Beyer, zwar fest, aber viel zu befürchten hat dieser Verbrecher, der nur durch die Wachsamkeit der Genossen daran gehindert wurde, das Büro der Partei und den Buchladen, der sich ebenfalls dort befindet, anzustecken, nicht. Als die Partei bei der Polizei nachfragte, hieß es: „Das Ganze sei doch sowieso nur die Tat eines Besoffenen!" Das Ergebnis der Blutprobe wurde allerdings vorsichtshalber nicht mitgeteilt.

Dafür versuchte die Polizei, noch am Abend der versuchten Brandstiftung, den Spieß herumzudrehen und gegen die Partei vorzugehen. Ein Genosse der Partei, der hinter dem Brandstifter zur Polizei hinterherfuhr und ihn fotografierte, wurde vorläufig festgenommen. Es wurde ihm verboten, den Film zu verwenden. Er habe sonst mit einer Strafanzeige zu rechnen, da seine Personalien ja bekannt seien!

Die Genossen haben sofort am Dienstag, dem nächsten Tag, Strafanzeige wegen Brandstiftung gestellt. Sie werden dafür sorgen, daß es der Justiz nicht so ohne weiteres gelingt, diesen Anschlag gegen die Partei zu vertuschen. Denn es ist offensichtlich, daß dieser Anschlag geplant war und wohlüberlegt gerade zu einem Zeitpunkt verübt wurde, zu dem man annehmen konnte, daß Genossen der Partei sich zum Gedenken an Genossen Mao Tsetung versammeln. Ebenso offensichtlich ist, daß nur jemand ausgerechnet einen solchen Moment für seinen feigen Angriff auf die Partei aussuchen kann, der den Kommunismus, den Marxismus-Leninismus zutiefst haßt. Kein Wunder, daß solche üblen Elemente bei der Polizei auf Milde und Verständnis rechnen können!



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

Gelsenkirchen

Am 20. 8. 1976 fand in Gelsenkirchen ein Prozeß gegen Genossen Herbert H. statt. Der Genosse hatte Einspruch gegen einen Strafbefehl über 600 DM eingelegt, in dem behauptet wurde, der Genosse habe ein Flugblatt der RHD zu einem politischen Prozeß verteilt. Obwohl im Prozeß nicht bewiesen werden konnte, daß der Genosse das fragliche Flugblatt verteilt hat — der dafür vorgesehene Zeuge mußte zugeben, daß er nicht gesehen hatte, wie das Flugblatt verteilt wurde —, wurde Herbert zu 300 DM Geldstrafe verurteilt.

Prozeßtermine

In **Bielefeld** findet am 28. 9. 1976, um 9.00 Uhr, im Landgericht, Zi. 30 (Neubau), eine Berufungsverhandlung gegen vier Genossen und Sympathisanten der KPD/ML und der ROTEN GARDE wegen mehrerer Flugblätter statt. Das Urteil der ersten Instanz lautete auf insgesamt 2.660 DM Geldstrafe.

In **Duisburg** findet am 27. 9. 1976, 9.00 Uhr, Amtsgericht Duisburg, Zi. 91, ein Prozeß gegen Martin Tuschen statt. Genosse Martin ist angeklagt, weil er die „Roten Morgen" Nr. 34/75 und 40/75 verkauft haben soll, weiter wegen eines Plakats zum ersten Prozeß gegen Genossen Hanfried Brenner und wegen eines Flugblatts zu mehreren politischen Prozessen in Duisburg.

Urteil im Prozeß gegen Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert

Im Berufungsprozeß gegen Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert in Hamburg wurde das Urteil verkündet. 2 000 DM bzw. 1 500 DM Geldstrafe sind nach Ansicht der bürgerlichen Klassenjustiz „angemessen", wenn man — wie es der „Rote Morgen" 1973 tat — die Wahrheit über die Rolle des Bundestags schreibt. (s. auch RM Nr. 36).

„Wer die Schwatzbude der Bourgeoisie beim Namen nennt", heißt es in einer Solidaritätsresolution der ROTEN GARDE Bochum/Wattenscheid und des Jugendtreffs Ende August treffend, „wird bestraft, weil er dieser Institution den Schleier vom Gesicht reißt. Wer sagt, daß dieses Gebilde durch die sozialistische Revolution auseinandergejagt werden muß, um die Macht der Arbeiterklasse zu errichten, wird als kriminell verfolgt..."

Auch der Aktivtreff der Roten Hilfe Deutschlands in Hamburg solidarisierte sich mit den angeklagten Genossen. „Die auf dem heutigen Aktivtreff der Roten Hilfe Deutschlands Versammelten", heißt es in einer einstimmig verabschiedeten Resolution, „übermitteln den Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert ihre solidarischen Grüße und verurteilen aufs Schärfste die Versuche der bürgerlichen Klassenjustiz, die Kommunisten mundtot zu machen. Wir sind sicher, daß dies nicht gelingen wird, ...

Die Ausführungen der Richterin Lilie auf die Frage, ob es politische Unterdrückung gibt: ‚Das werden Sie im Urteil merken', zeigt das stockreaktionäre Wesen der bürgerlichen Klassenjustiz."

Freiheit für den Roten Morgen!

Freiheit für die revolutionäre Agitation und Propaganda!

Spenden

Im Monat August gingen folgende Spenden auf das Konto des Parteivorstandes ein:

1. Spenden für die KPD/ML:

9. 8., Stammtisch Neukölln	86,83 DM
9. 8., A. K., Iserlohn	38,00 DM
10. 8., KSB/ML, Aachen	100,00 DM
10. 8., RG Kassel, Zeltlager	110,00 DM
10. 8., P. M., Aachen, Grundsatzerklärung	21,00 DM
16. 8., RG Hamburg, Grundsatzerklärung	97,00 DM
19. 8., Jugendtreff Hamburg, Grundsatzerklärung	22,60 DM
24. 8., Jugendtreff Hamburg, Grundsatzerklärung	10,40 DM
25. 8., Sektion Westberlin, Grundsatzerklärung	100,00 DM
25. 8., Genossen aus Gießen	21,00 DM
26. 8., Arbeitertreff HH-Altona, Grundsatzerklärung	17,50 DM
27. 8., RG-Treff Kiel, Grundsatzerklärung	39,50 DM
30. 8., Hochzeitsfeier, Dusseldorf	236,50 DM
31. 8., Revolutionärer Jugendvertreter, Hamburg, Grundsatzerklärung	5,00 DM
Gesamt:	**905,33 DM**

2. Spenden für die KPD/ML Sektion DDR:

3. 8., Kunden des Buchladen München	31,21 DM
5. 8., W. M., Nördlingen	100,00 DM
9. 8., A. K., Iserlohn	25,00 DM
12. 8., J. W., Frankfurt	30,00 DM
16. 8., Hochzeitsfeier Bochum	200,00 DM
16. 8., Genossen aus Frankfurt	40,00 DM
23. 8., G. M., München	100,00 DM
24. 8., Genossen aus Düsseldorf	105,00 DM
25. 8., Genossen aus Berlin	100,00 DM
26. 8., Leserkreis Kiel-Gaarden	65,17 DM
26. 8., Postkartenverkauf Hamburg	21,00 DM
27. 8., Heilbronner Genossen	30,00 DM
Gesamt	**847,38 DM**

3. Solidaritätsspenden:

6. 8., W. K., Essen	20,00 DM
9. 8., Wohngemeinschaft Westberlin, RM-Prozesse	130,00 DM
24. 8., H. M., Dortmund	20,00 DM
26. 8., Veranstaltung Würzburg, RM-Prozesse	157,25 DM
30. 8., Veranstaltung Düsseldorf	302,00 DM
Gesamt	**629,25 DM**

4. Spenden für den „Roten Morgen":

23. 8., Pfingstzeltlager Kitzingen, Würzburg	245,00 DM
25. 8., Genossen aus W-Berlin	65,00 DM
30. 8., Kunden des Buchladen Stuttgart	40,00 DM
Gesamt	**350,00 DM**

5. Sonstige Spenden:

3. 8., Buchladen München, PAC	39,30 DM
3. 8., W. R., München, PAC	20,00 DM
4. 8., KSB/ML, Westberlin, Polen	23,00 DM
9. 8., A. K., Iserlohn, Polen	25,00 DM
9. 8., Doppelkopfrunde Bonn, Polen	62,60 DM
11. 8., B. B., Konstanz, Polen	67,00 DM
11. 8., Stammtisch Neukölln, Polen	70,00 DM
23. 8., G. M., München, Polen	100,00 DM
25. 8., Zelle Gartenfeld, Westberlin, Polen	32,50 DM
25. 8., KSV-Schulung, Westberlin, Polen	22,85 DM
25. 8., Sammlung Düsseldorf, PAC	9,58 DM
26. 8., RG-Treff Kiel, PAC	75,00 DM
27. 8., Heilbronner Genossen, Polen	50,00 DM
30. 8., Kollegen Fa. Lindner, Kiel, Polen	85,00 DM
30. 8., Kunden des Buchladen Stuttgart, Kambodscha	100,00 DM
30. 8., Kunden des Buchladen Stuttgart, Polen	100,00 DM
30. 8., Veranstaltung Düsseldorf, Kambodscha	142,00 DM
31. 8., R. P., Hamburg, Spanien	20,00 DM
Gesamt	**1 043,83 DM**

Spendenaufruf

Unterstützt die Verbreitung der Grundsatzerklärung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"

Vorstand der KPD/ML — Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321004547
Stichwort: GRUNDSATZERKLÄRUNG

Zur Wahlkampagne der CDU/CSU

Wessen "Freiheit" wollen Strauss und Kohl?

Die KPD/ML ruft dazu auf, am 3. Oktober die Bundestagswahl zu boykottieren. Die bürgerlichen Parteien, die zur Wahl stehen, sind — ob nun CDU/CSU, ob F.D.P. oder SPD — Parteien des Monopolkapitals. Sie sind dazu geschaffen worden, die Massen zu betrügen und das politische Geschäft des westdeutschen Imperialismus zu betreiben. Ob man diese oder jene wählt — die Wahlen ändern nichts. In einer Artikelserie werden wir auf diese drei großen bürgerlichen Parteien, auf ihre heuchlerischen Parolen, ihre verlogenen Programme eingehen.

Im folgenden werden wir als erstes zu den zwei Hauptparolen Stellung nehmen, mit denen die CDU/CSU im Wahlkampf auf Stimmenfang zu gehen sucht.

CDU — Aus Liebe zu Deutschland?

Wollte man den CDU-Parolen glauben, so wird es aus reiner Liebe zu Deutschland die CDU sein, die das deutsche Volk aus Arbeitslosigkeit, Teuerung und Inflation herausführt zu „Wohlstand und sozialer Sicherheit". Schon Adenauer, dessen Politik man fortsetzen wolle, habe aus Liebe zu Deutschland gehandelt. Die CDU-Demagogen sprechen sogar von der „Ära Adenauer", die es aus Liebe zu Deutschland fortzusetzen gelte.

Die Wahrheit dagegen ist, daß weder Adenauer noch die CDU jemals patriotische Liebe zu Deutschland gekannt haben. Wahrheit vielmehr ist, daß mit Lügen, Verfälschungen und Auslassungen über diesen Mann ein Mythos verbreitet wird, der den Reaktionär, Betrüger, Antikommunisten, den Feind des werktätigen Volkes, Adenauer, mit einem Glorienschein umgeben soll, um seine Politik als Heilmittel zu verkaufen. Was hat denn dieser Mann dem deutschen Volk gebracht? Unter seiner Regierung wurde nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus der deutsche Imperialismus im Westen restauriert. Dieser Mann und seine Partei, die Deutschland angeblich mit so großer Liebe umgibt, waren es, die die deutsche Nation spalteten, die den Separatstaat Bundesrepublik mit Hilfe des US-Imperialismus proklamierten, um so zu verhindern, daß auch im Westen Deutschlands der deutsche Imperialismus von den werktätigen Massen unter der Führung der Arbeiterklasse besiegt würde. Und welche Liebe spricht daraus zu Deutschland, daß Adenauer und seine Partei im Auftrag des westdeutschen Imperialismus Westdeutschland an den US-Imperialismus verschacherten, ihm Besatzungsrechte über Westdeutschland bis zum Jahre 2005 zusicherten — im Tausch dafür, daß die US-Imperialisten den westdeutschen Imperialisten wieder auf die Beine halfen. Und die Remilitarisierung Westdeutschlands, die Eingliederung in das aggressive NATO-Bündnis? Adenauers Liebe galt weder Deutschland noch dem deutschen Volk, sondern allein den westdeutschen Imperialisten, den Pferdmenges, Krupp und Thyssen, von denen er und seine Partei bezahlt wurden. Die Arbeiterklasse aber, die gegen die Spaltung Deutschlands, gegen Remilitarisierung, gegen die Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus kämpfte, sie war für diesen Mann nur „Pöbel auf der Straße". Gegen die Werktätigen hatten Adenauer und seine Partei blutige Unterdrükkung und Terror zur Hand. Unter ihrer Regierung wurde die damals noch revolutionäre KPD verboten, wurden Hunderte Kommunisten ins Gefängnis geworfen. **Dieser Mann und seine „Liebe" zum westdeutschen Imperialismus waren dem Proletariat verhaßt. Sein Name war für jeden klassenbewußten Proletarier gleichlautend mit nationalem Verrat, Revanchismus und Militarismus, Ausbeutung und Reaktion. Er hat weder Deutschland noch das deutsche Volk je geliebt, sondern zählte zu den größten Betrügern und Lügnern, die die bürgerlichen Parteien in Deutschland hervorgebracht haben.**

Und da sind es ausgerechnet Leute wie Strauß und Kohl, die sich als Kämpfer für die deutsche Nation, für die Wiedervereinigung Deutschlands aufspielen wollen! Geschickt machen sie sich dabei zunutze, daß heute in der DDR nicht mehr der Sozialismus herrscht, sondern eine neue Bourgeoisie die Macht an sich gerissen hat, die eine sozialfaschistische Diktatur ausübt und die die nationalen Interessen des deutschen Volkes an den russischen Sozialimperialismus verschachert hat, wie es die westdeutschen Imperialisten gegenüber dem USA-Imperialismus getan haben. Und wenn die revisionistische Honecker-Clique sich hinstellt und behauptet, es gäbe keine deutsche Nation mehr, so spielt sie damit natürlich dem Revanchismus in die Hände und gibt der CDU/CSU die Möglichkeit, sich als die Verteidiger der Einheit der Nation aufzuspielen.

Das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse im Westen wie im Osten will kein Deutschland, das durch Mauer und Stacheldraht, durch Todesstreifen und Schießanlagen geteilt ist. Doch der Kampf der Arbeiterklasse für die Einheit der Nation und das Geschrei der CDU/CSU nach Wiedervereinigung sind zwei völlig verschiedene Dinge. Das wiedervereinigte Deutschland der CDU/CSU soll ein Deutschland unter der Herrschaft der westdeutschen Imperialisten sein, das diesen die Grundlage für einen erneuten Aufstieg zu einer imperialistischen Weltmacht geben soll. Vor diesen Karren will die chauvinistische und revanchistische Hetze der CDU/CSU die Werktätigen in ihrem gerechten Wunsch nach Einheit der Nation spannen.

Das wiedervereinte Deutschland, das die deutsche Arbeiterklasse in Ost und West will, ist jedoch ein völlig anderes. Es ist ein vom US-Imperialismus wie vom russischen Sozialimperialismus unabhängiges Deutschland, ein Deutschland, in dem weder die sozialfaschistische Honecker-Clique, noch der westdeutsche Imperialismus die Herrschaft hat, sondern in dem die Arbeiterklasse ihre proletarische Diktatur gegen die Ausbeuter ausübt — ein sozialistisches Deutschland. Dies aber kann die deutsche Arbeiterklasse nur im Kampf gegen alle ihre Feinde — und dazu gehören auch die Demagogen der CDU/CSU, erringen.

Strauß gegen den Krieg?

„Aus Liebe zu Deutschland" — damit verbinden CDU/CSU zugleich auch ihre Kritik an der Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung. Insbesondere Franz Josef Strauß tut sich dabei hervor, indem er die Friedensparolen der Regierung immer wieder angreift. Sollte es ausgerechnet Strauß sein, der Mann, der aufs engste mit den Rüstungskonzernen verbunden ist, der plötzlich vor dem Krieg warnt und für den Frieden kämpft? Keineswegs.

Zweifellos ist die Sowjetunion nach der Machtergreifung der revisionistischen Chruschtschow- und Breschnew-Clique in eine Diktatur nach der Art Hitlers verwandelt und der Sozialismus zerschlagen worden. Zweifellos ist die Sowjetunion heute eine imperialistische Supermacht, die die Völker bedroht und mit dem US-Imperialismus um Weltherrschaft ringt. Aus diesem Ringen beider Supermächte um die Weltherrschaft droht den Völkern der Welt und vor allem den Völkern Europas ein neuer imperialistischer Krieg. Aber was schlagen die Strauß und Kohl denn vor, gegen den drohenden imperialistischen Krieg? Sie sagen, man müsse Westdeutschland noch enger an die Seite des US-Imperialismus ketten, also an die Seite des einen der beiden Hauptkriegstreiber. Man müsse die Aufrüstung allseitig verstärken, die imperialistische Armee in Westdeutschland verstärken. Tatsächlich dient dies keineswegs dem Frieden, sondern allein den imperialistischen Interessen des US-Imperialismus und den Interessen der westdeutschen Imperialisten, die sich an der Seite der USA eine gewisse Teilhaberschaft an der Beherrschung der Welt erhoffen. Für diese Interessen sollen die Werktätigen sich auf den Schlachtfeldern der Imperialisten abschlachten lassen? Welch eine Liebe zum deutschen Volk spricht aus diesen Plänen! Tatsache vielmehr ist, daß die Stärkung des US-Imperialismus, des einen Hauptkriegstreibers, die Kriegsgefahr nicht mindert, sondern schürt. Tatsache ist, daß die Aufrüstung der westdeutschen Imperialisten nicht im Interesse der Werktätigen ist, sondern sich gegen diese Interessen wendet. Tatsache für die Arbeiterklasse ist, daß der imperialistische Krieg nur dadurch verhindert werden kann, indem der Kampf gegen beide imperialistische Supermächte und jeglichen Imperialismus, in unserem Land den westdeutschen Imperialismus geführt wird, denn der Imperialismus ist die Quelle des Krieges.

Im übrigen besteht die „festere Haltung" der Strauß und Kohl gegenüber Moskau vor allem aus Demagogie. Sie sind keineswegs gegen die Händel und Schachereien mit den russischen Sozialimperialisten, sondern pochen lediglich darauf, für die westdeutschen Imperialisten in diesen Schachereien mehr herauszuholen. Wie war es denn im Bundestag, als die Schacherverträge zwischen Moskau und Bonn ratifiziert wurden? Da hat sich die CDU/CSU der Stimme enthalten und den Verträgen grünes Licht gegeben. Nicht anders war das mit den Verträgen mit Warschau. Und es ist gewiß auch kein Zufall, daß eine polnische Zeitung schreibt, daß auch mit einer CDU-Regierung die bisherige Ostpolitik fortgeführt werden würde. Ob CDU oder SPD, Strauß oder Schmidt — die einen wie die anderen sind am Schacher mit Moskau interessiert, weil dies ihren Herren, den westdeutschen Imperialisten, Vorteile bringt, Profite sichert und den Einfluß des westdeutschen Imperialismus in Europa steigert.

Soweit die Strauß und Kohl vor der Sowjetunion warnen, tun sie dies vor allem auch, um den Kommunismus zu diffamieren, indem sie die sozialfaschistische Bande in Moskau als „Kommunisten" bezeichnen und die Bedrohung durch den russischen Sozialimperialismus als „Bedrohung durch den Weltkommunismus" darstellen. Der Zweck dieser Hetze ist klar: Die Werktätigen sollen davon abgehalten werden, den einzigen Ausweg vor dem drohenden imperialistischen Krieg zu erkennen, nämlich die sozialistische Revolution, den Sturz des Imperialismus.



Unsere Partei, die KPD/ML, fordert als eine der ersten Maßnahmen gegen den drohenden Krieg die Bewaffnung des Volkes. Ein bewaffnetes Volk mit einer kommunistischen Partei an der Spitze ist zweifellos die beste Waffe gegen jede imperialistische Aggression. Warum aber sind denn die Herren der CDU/CSU wie auch der SPD/FDP so sehr dagegen? Weil sie genau wissen, daß dann, wenn das Volk bewaffnet ist, auch die letzte Stunde des westdeutschen Imperialismus und aller Parasiten wie Strauß, Kohl oder Schmidt geschlagen hat. Ihnen geht es weder um die deutsche Nation, noch um das deutsche Volk, sondern es geht ihnen um die Herrschaft des westdeutschen Imperialismus. Dies zu verdecken, wird über die reaktionären Ziele der CDU der Mantel der Religion ausgebreitet.

Das große „C"

Seit ihrer Gründung hat die CDU/CSU herausgehoben, daß sie sich von christlichen Grundsätzen leiten ließe. Doch außer in Propagandareden und Parolen geht es bei der CDU/CSU, angefangen beim Betrug des Volkes über Bestechung, Korruption bis zum erbitterten Ringen der Politiker um ihre Parteiposten, wenig „christlich" zu. In der Tat ging es bei der Aufnahme des „C" in den Parteinamen um ganz andere Dinge. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus kam es der Bourgeoisie darauf an, der kommunistischen Idee, die unter den Werktätigen breite Unterstützung und Sympathie fand, eine Ideologie entgegenzusetzen. Die christliche Religion bot sich dazu förmlich an. Zum einen war der christliche Glaube, der das Elend und die schwere Unterdrückung der Werktätigen ausnutzt, nach dem Krieg stärker verbreitet und ließ sich als politische Waffe gegen die Verbreitung des Kommunismus einsetzen. Und auch der Klerus hatte ein starkes Interesse daran, sich mit einer reaktionären Partei des Finanzkapitals zu verbünden, die bereit war, die Interessen des Klerus zu vertreten. So kam es zum „C" in der CDU, zur Allianz von Kirche und politischer Reaktion, um gemeinsam die Herrschaft des Imperialismus gegen den Kampf der Werktätigen wiederaufzurichten. **Seither hat das „C", hat die christliche Religion der CDU/CSU stets dazu gedient, ihre ganze reaktionäre Politik christlich zu verbrämen und nach dem Prinzip „alle Menschen sind Brüder, auch Unternehmer und Arbeiter" gegen den gerechten Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei zu hetzen.**

Und wenn es im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der CDU vom April 76 heißt: „Die CDU Deutschlands orientiert ihre Politik an den Grundsätzen christlicher Verantwortung" und „Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten", so heißt das im Grunde nichts anderes als: Mit dem christlichen Glauben rechtfertigen wir alles, heute diese, morgen jene Maßnahme gegen das Volk.

„Freiheit oder Sozialismus"?

Nicht weniger demagogisch als die Parole „Aus Liebe zu Deutschland — CDU", ist ihre zweite Hauptparole „Freiheit oder Sozialismus" — oder wie es bei Strauß gar heißt: „Freiheit statt Sozialismus". Der Eindruck soll damit erweckt werden, als trete tatsächlich die SPD für Sozialismus ein, und am 3. Oktober würde nun entschieden, ob Freiheit oder Sozialismus in den nächsten Jahren regiert. Auch dabei gehen die CDU-Demagogen nicht ungeschickt vor. Sie reden von der „Funktionärsherrschaft" der SPD-Regierung, Biedenkopf greift die „Filzokratie" zwischen SPD, Staat und Gewerkschaftsapparat an, und sie sagen: „War es nicht der Brandt, der mit der Parole vom „demokratischen Sozialismus" antrat? Seht ihr, Arbeitslosigkeit, Teuerung, Inflation, Steuererhöhungen, wachsende Allmacht des Staates — all das ist der Anfang des Sozialismus, und das Ende ist schrecklich!" Dabei weisen sie dann stets auf die DDR, in der Hoffnung, daß viele Menschen die DDR oder die Sowjetunion, wo eine neue Bourgeoisie die Macht an sich gerissen hat und eine sozialfaschistische Diktatur ausübt, als Beispiel für Sozialismus halten. Bewußt stellen Strauß und Kohl den Sozialismus der Honecker-Clique, die der Arbeiterklasse sämtliche Rechte geraubt hat, als Sozialismus hin, um demagogisch erklären zu können: „Sozialismus bedeutet Unfreiheit" und schließlich in dem Aufruf zu enden: „Die Freiheit muß gegen die Allmacht des Staates, wie sie in der DDR herrscht und wie sie hier ständig zunimmt, verteidigt werden."



Es kommt doch immer dasselbe heraus...! Darum Wahlboykott!

Aber bedeutet „Allmacht des Staates" Sozialismus? Die entscheidende Frage ist gerade: Wessen Staat herrscht? Ist es die Bourgeoisie, wie in Westdeutschland und wie heute in der DDR, die herrscht, oder ist es das Proletariat, wie in der Volksrepublik China und der Volksrepublik Albanien? „Allmacht des Staates", das heißt im Kapitalismus, daß der Staat immer offener und direkter als Instrument der Monopole auftritt, zur Sicherung ihres Profits in die Wirtschaft eingreift, die Ausbeutung der Werktätigen garantiert, die Unterdrückung des Volkes und die Faschisierung immer mehr verschärft. Eben dagegen richtet sich die Empörung der Werktätigen. Doch das hat nichts mit Sozialismus gemein, sondern ist die immer offener in Erscheinung tretende Diktatur der Ausbeuterklasse der Bourgeoisie.

So wenig die gegenwärtige Regierung von SPD und F.D.P. den Sozialismus will, so wenig will die CDU, wollen die Strauß, Dregger und Kohl die Freiheit. Wie sieht denn ihre „Freiheit" aus? Meinen sie damit vielleicht Adenauers KPD-Verbot, seine Blitzgesetze? Oder meinen sie die von ihnen mit der SPD beschlossenen Notstandsgesetze, mit denen sie eine legale Grundlage für die Errichtung der faschistischen Diktatur geschaffen haben? Wo haben sie denn auch nur ein Wort gegen die Faschisierungsmaßnahmen der SPD/FDP-Regierung verloren? Sie haben höchstens gewettert, daß all diese verschärften Unterdrückungsmaßnahmen nicht weit genug gehen. Strauß selbst hat in seiner berüchtigten Sonthofener Rede einen Eindruck davon gegeben, wie er das mit der Freiheit in diesem Staat sieht, als er alle Revolutionäre als Verbrecher hinstellte und drohte: Wenn wir hinkommen, räumen wir so auf, *„daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen!"* Das sind faschistische Drohungen, die an Offenheit nichts zu wünschen übrig lassen. Heißt das nun, daß von Strauß und seiner CDU/CSU die Hauptgefahr für die Errichtung des Faschismus in der Bundesrepublik ausgeht? Durchaus nicht. In den letzten Jahren war es gerade die SPD/FDP-Regierung, die hauptsächlich die Faschisierung vorantrieb. Der Faschismus ist eben nicht die Diktatur einer Partei, sondern die offene terroristische Diktatur des Finanzkapitals, das sowohl von der CDU/CSU, als auch von der SPD und der F.D.P. vertreten wird. Dennoch ist Strauß zweifellos ein Faschist. Und der „Feldzug" von Strauß und Kohl „für die Freiheit" ist nichts anderes als ein Feldzug gegen den Kampf der Arbeiterklasse, der in den letzten Jahren an Schärfe zugenommen hat. **Es ist ein Feldzug, der mit zum Teil direkt faschistischen Losungen lediglich für eine „Freiheit" eintritt: Für die „Freiheit" einer Handvoll Ausbeuter, über die ganze übrige Gesellschaft ihre Diktatur auszuüben. Kohl selbst hat in einer seiner Fernsehreklamesendungen aufgerufen: „Dem Klassenkampf keine Chance!" Das ist eine offene Kampfansage an die Arbeiterklasse auf der Grundlage einer faschistischen Volksgemeinschaftsideologie.**

Die „Freiheit" der Handvoll Ausbeuter ist allerdings durch den Klassenkampf der Arbeiterklasse, durch den Kampf für die sozialistische Revolution bedroht, mit der die Arbeiterklasse ihre Freiheit, ihre Demokratie erringen wird. Und sie wird dann eben dieses Häuflein von Ausbeutern und ihre Handlanger, die nichts unversucht lassen werden, um wie in der DDR erneut die Herrschaft der Bourgeoisie zu errichten, gewaltsam unterdrücken. Das ist der wahre Grund, warum die CDU/CSU als Partei des Monopolkapitals den Sozialismus und den Kampf der Arbeiterklasse so sehr haßt, warum sie ihn bekämpft und zu verteufeln sucht, indem sie ihn mit dem sozialfaschistischen Regime in der DDR gleichzusetzen sucht.

Mag die Demagogie der CDU/CSU noch so ausgeklügelt sein — ihre Parolen, ihr Programm und vor allem aber ihre Taten zeigen, daß diese Partei eine Partei gegen die Werktätigen, eine Partei des westdeutschen Monopolkapitals nicht anders als die SPD und FDP auch ist. Die Interessen und Ziele des Monopolkapitals, des westdeutschen Imperialismus sind es, die die Politik dieser Partei bestimmen. Und das ist auch nicht verwunderlich, denn dafür wird diese Partei, werden ihre Funktionäre schließlich hochbezahlt. Man sehe sich nur einmal diese ehrenwerten, ach so biederen Herren an, die sich da zur Wahl stellen. Da ist Strauß mit all seinen Bestechungsskandalen, seinen Hurengeschichten in den USA, da sind es Leute wie Biedenkopf und Stoltenberg, die als Direktoren an der Spitze von Henkel und Krupp über langjährige Erfahrungen im Kampf gegen die Werktätigen verfügen, da ist der Helmut Kohl, von seinen eigenen Leuten als absolute Null verschrien, der im Aufsichtsrat der rheinland-pfälzischen Bank Millionenschiebereien in zwielichtigen Geschäften begangen haben soll, da ist Carl Carstens, „Waffen-Carl", bekannt wegen Waffenschieberei, da ist der Faschist Filbinger, der als Nazirichter töten ließ, da sind Faschisten wie Dregger und Kiesinger. **Ausgerechnet sie wollen die „Freiheit retten — „Aus Liebe zu Deutschland"? Sie sind Parasiten, Feinde des Volkes, die früher oder später die gerechte Strafe des Volkes für ihre Verbrechen treffen wird.**

Am 3. Oktober stehen weder Freiheit noch Sozialismus zur Wahl, sondern soll der Stimmzettel lediglich darüber entscheiden, ob uns in den nächsten vier Jahren der rechte oder der linke Stiefel des Kapitals tritt. Einen Ausweg für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen aus ihrer Lage zeigt weder die CDU/CSU noch die SPD/FDP. Sie sind vielmehr ein Hindernis auf diesem Ausweg, das es zu beseitigen gilt. Denn dieser Ausweg kann nur der revolutionäre Klassenkampf, die sozialistische Revolution im Westen und im Osten Deutschlands für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland sein.

Der Liberalismus der F.D.P.

Alter Wein in alten Schläuchen

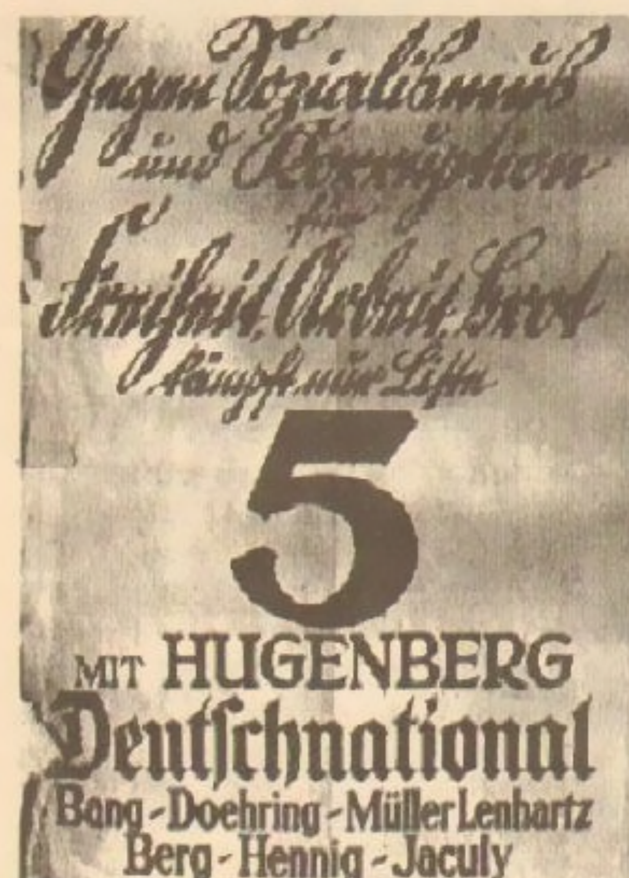
Wie alle bürgerlichen Parteien verspricht auch die F.D.P. vor den Bundestagswahlen das Blaue vom Himmel herunter. „Liberalismus" heißt ihre besondere Masche. Die F.D.P. appelliert an die „kritische Vernunft", will angeblich die „Freiheit des Einzelnen" schützen und schmückt sich sogar mit der Parole „Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit". Das sind einige der Betrugsparolen der F.D.P. Hinter ihnen verbirgt sich das Programm der Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen, dem sich die F.D.P. wie alle bürgerlichen Parteien verschrieben hat, ein Programm, von dem sie in ihrer ganzen Geschichte niemals abgewichen ist.

Niemand würde natürlich auch nur einen einzigen Augenblick daran denken, die F.D.P. für eine Arbeiterpartei zu halten. Ihr Fraktionsvorsitzender Mischnik sagte selbst vor kurzem, es sei „nicht die Aufgabe einer liberalen Partei, eine Arbeiterpartei zu sein oder zu werden." Nein. Die „Schwerpunkte liberaler Politik sind andere" — und die wollen wir jetzt näher untersuchen.

Hitler an die Macht gehievt

Die F.D.P. bezeichnet sich in ihrer Wahlpropaganda gern als „Wahrer der Freiheit". Wie es damit aussieht, beweist nicht zuletzt ein kurzer Blick auf die Geschichte dieser Partei.

Als 1945 der Hitlerfaschismus zerschlagen, die Rote Armee unter der Führung Stalins und die Völker Europas die braunen Horden vernichtet hatten und der Traum vom deutschen Imperium zunächst einmal ausgeträumt war, da kamen sie wieder ans Licht, die „Demokraten", die während der Nacht des Faschismus an der blutigen Unterdrückung der Arbeiterklasse teilgenommen hatten und bestenfalls dazu geschwiegen und ihren „liberalen Geist" bewahrt hatten: Während die Mitglieder der KPD und andere klassenbewußte Arbeiter und Werktätige, die besten Kräfte des Volkes, unzählige Opfer brachten, ihr Leben dafür hingaben, den Faschismus zu bekämpfen und zu stürzen, hatten jene Hitler mit an die Macht gebracht.





Die angebliche Entrüstung der F.D.P. über die Parole „Sozialismus oder Freiheit" der CDU/CSU ist genauso demagogisch wie die Parole selbst. Die Vorläufer der F.D.P. traten bereits 1932 und 1948 selbst mit dieser Parole auf.

In der „Weimarer Republik" gab es drei Parteien, die Vorläufer der heutigen F.D.P. waren: die „Deutschnationalen", die „Volkspartei" und die „Demokraten". Bekannt sind vor allem die „Deutschnationalen". Ihr Führer war Alfred Hugenberg, während des 1. Weltkrieges Generaldirektor bei Krupp, später ein berüchtigter Pressezar, Besitzer zahlreicher reaktionärer, faschistischer Zeitungen. 1931 traten die „Deutschnationalen" mit den Hitlerfaschisten in die „Harzburger Front" ein, ein Bündnis von Kapitalisten, Generälen, Bankiers und Parteiführern zum Sturz der „Weimarer Republik" und zur Errichtung der uneingeschränkten, blutigen Diktatur des Finanzkapitals über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen. 1933 bildeten die „Deutschnationalen" gemeinsam mit den Faschisten eine Regierungskoalition, die durch die Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetzes", dem auch Theodor Heuss zustimmte, die gesetzliche Grundlage für die Errichtung der Nazidiktatur lieferte. Das sind also die „Wahrer der Freiheit", die nach 1945 aus „liberalem Geist" neue bürgerliche Parteien gründeten, „die man nach den Weimarer Parteien als neue ‚Deutschnationale', ‚Volksparteiler' oder ‚Demokraten' bezeichnen konnte." (Aus der Wahlbroschüre „Argumente zur Geschichte und zum Selbstverständnis der Freien Demokraten".)

Und wie in der „Weimarer Republik" die „Deutschnationalen" gegen den Sozialismus gekämpft hatten, trat die LPD, eine der neuen liberalen Parteien, 1948 mit der gleichen demagogischen Parole „Sozialismus oder Freiheit" auf wie heute die CDU/CSU.

Die angebliche Entrüstung der F.D.P. über diese Parole der CDU/CSU ist genauso demagogisch wie die Parole selbst. Abgesehen davon, daß Freiheit und Sozialismus keine Gegensätze sind, daß andererseits weder Freiheit noch Sozialismus zur Wahl stehen und die Arbeiterklasse auch gar nicht durch Wahlen dahin gelangen kann, sondern nur durch die bewaffnete Revolution, bekämpft die F.D.P. in erster Linie nach wie vor den Sozialismus. Und sie läßt daran auch gar keinen Zweifel: „Mit seinem erklärten Bekenntnis zu Fortschritt und Aufklärung steht der Liberalismus ... in einem grundlegenden Gegensatz ... zu allen revolutionären ideologischen Parteien, welche nicht Fortschritt und Aufklärung aus der Vernunft, sondern Fortschritt durch Umwälzung des Bestehenden mit dem Hebel des Klassenkampfes auf ihre Fahnen schreiben." (aus den „Freiburger Thesen" der F.D.P.)

Als Regierungspartei — zunächst in einer Koalition mit der CDU/CSU, dann seit 1969 mit der SPD — hat die F.D.P. sich an der Spaltung der deutschen Nation, der Errichtung des westdeutschen kapitalistischen Ausbeuterstaates beteiligt, befürwortete sie den Aufbau der westdeutschen imperialistischen Armee und den Eintritt der Bundesrepublik in den unter der Oberherrschaft der amerikanischen Imperialisten stehenden aggressiven Nato-Pakt usw. usf. Die „Kraft der Vernunft", die die F.D.P. beschwört — eine Parole, mit der sie hofft, höhere Angestellte, einen Teil der Intellektuellen, freiberuflich Tätige und Teile des Mittelstandes zu gewinnen —, zeigt sich in der Praxis als Politik im Interesse des Monopolkapitals, als Programm der Ausplünderung und Unterdrückung der werktätigen Massen.

Für die Ausbeutung ...

„Fortschritt aus der Kraft der Vernunft"? Wie sieht denn der angebliche Fortschritt aus, den die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen seit der Bildung der Regierungskoalition aus SPD und F.D.P. im Jahre 1969 am eigenen Leibe zu spüren bekommen haben? Nachdem z. B. ungefähr eine Million ausländische Kollegen abgeschoben und deutsche Arbeiter und Angestellte früher in die Rente gegangen sind, gibt es zur Zeit nach offiziellen Angaben immer noch rund 940 000 Arbeitslose. Nach dem Ergebnis einer Umfrage des Spiegels (Nr. 9/76) wollen in der Zukunft nur 13% der Betriebe die Belegschaft erhöhen, 45% den Beschäftigungsstand halten, aber 42% weniger Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Das ist vom Standpunkt der Kapitalisten natürlich vernünftig, denn ihre „Vernunft" hängt vom Höchstprofit ab, und den können sie nur durch eine verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter und übrigen Werktätigen erzielen. Es ist deshalb ganz im Sinne dieser „Vernunft", wenn die Bundesregierung unter der Federführung des F.D.P.-Wirtschaftsministers Friederichs den Monopolen mehrmals Milliardensummen als Subventionen in den Rachen geworfen hat, damit sie die Betriebe durchrationalisieren, die Arbeitshetze erhöhen und noch mehr Arbeiter auf die Straße werfen können.

Die Beispiele für die volksfeindliche Politik dieses Ministers ließen sich beliebig fortsetzen. Wir wollen hier nur noch eine „Domäne" der F.D.P. nennen. Jeder kennt den Landwirtschaftsminister Ertl, der sich oft genug im Fernsehen bestätigen läßt, wie „hart" und „erfolgreich" er doch gerade wieder in Brüssel für die Interessen der westdeutschen Bauern eingetreten sei. Aber hat sich etwa die Lage vor allem der werktätigen Bauern seit dem Amtsantritt Ertls gebessert? Im Gegenteil. Es ist doch gerade sein erklärtes Ziel — natürlich unter dem Deckmantel der „Vernunft", die „rentable Höfe fordert" — das Bauernlegen noch mehr zu verschärfen. Haben etwa die werktätigen Bauern, die jetzt unter den Auswirkungen der Dürre zu leiden haben, ausreichende und nützliche Hilfe von der Bundesregierung bekommen? Was sie bekommen haben, war doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein und zudem noch an die Bedingung geknüpft, zusätzliche Kredite von den Banken aufzunehmen. Das wird unweigerlich die Verschuldung des bäuerlichen Eigentums, seine Verpfändung an die Banken erhöhen und zahlreiche werktätige Bauern in den Ruin treiben.

... und Unterdrückung der Werktätigen

Und wie verhält es sich mit der „Freiheit"? Da heißt es z. B. in den „Freiburger Thesen": „Freiheit braucht Eigentum. Eigentum schafft Freiheit." Und: „Nur in solcher aus Freiheit und der Vernunft begriffenen und ergriffenen Selbstbestimmung bleibt Menschenwürde gewahrt; als die Würde des Wesens, ‚das sich selbst seine Zwecke setzt' und darum niemals zum ‚bloßen Mittel für die Zwecke anderer' werden kann und darf." Aber in der kapitalistischen Gesellschaft besitzt der Arbeiter kein Eigentum, er besitzt nur seine Arbeitskraft, die er dem Kapitalisten verkaufen muß. Sobald aber die Arbeitskraft verkauft ist, ist es aus mit der „Würde eines Wesens, das ‚sich selbst seine Zwecke setzt' ". Dann befiehlt der Kapitalist, und der Arbeiter ist bloßes Mittel zum „Zweck anderer", nämlich dazu, von den Kapitalisten ausgebeutet und ausgepreßt zu werden, den Reichtum der Kapitalistenklasse zu mehren und zu vergrößern, während es ihm selbst immer schlechter geht. Sobald der Arbeiter, aus welchen Gründen auch immer, diesen Zweck nicht mehr erfüllt, ist er überflüssig und wird auf die Straße geworfen. 940 000 Arbeitslose sind der Beweis dafür. **Die F.D.P. verteidigt keineswegs die Freiheit der Werktätigen. Als Partei des Monopolkapitals schützt, verteidigt und fördert sie die Freiheit einer Handvoll von Finanzkapitalisten, die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land auszubeuten und auszuplündern.**

In den „Freiburger Thesen" heißt es außerdem: Die Liberalen „müssen jede Idee, jedes Konzept, jedes Gesetz darauf abklopfen, ob sie in der Praxis wirklich mehr Freiheit für den Menschen bringen."

Das ist eine handfeste Lüge, denn in Wirklichkeit tut die F.D.P. das genaue Gegenteil. Sie stimmte dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz, den Verfassungsschutzgesetzen, dem Datenschutzgesetz, dem neuen Polizeigesetz und den „Terroristengesetzen" zu, mit denen die Faschisierung vorangetrieben wird. Allein seit 1969, seitdem die F.D.P. den Innenminister stellt, sind von der Bundesregierung 52 Gesetze zur „inneren Sicherheit" verabschiedet worden — natürlich nicht aus dem Grund, „mehr Freiheit für mehr Menschen" zu verwirklichen, sondern um den Klassenkampf des Proletariats und der übrigen Werktätigen, den Kampf der KPD/ML und anderer revolutionärer Organisationen zu unterdrücken. Die Aufrüstung des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegstruppe, die Bildung der „Mordeinsatzkommandos", die Milliardensummen, die in den letzten Jahren für die Modernisierung und Verbesserung der Polizei, der Spitzeldienste, des Bundeskriminalamtes usw. usf. ausgegeben worden sind, zeigen, daß auch die F.D.P. jederzeit bereit ist, wenn es die Lage erfordert, die kapitalistische Ausbeutergesellschaft durch die Errichtung einer offenen faschistischen Diktatur am Leben zu erhalten, um die Diktatur einer verschwindenden Minderheit von Ausbeutern über die gewaltige Mehrheit der Werktätigen aufrechtzuerhalten.

Es ist schon eine besondere Unverschämtheit und Verhöhnung der Werktätigen, wenn derselbe Minister, der für den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates gegen das Volk verantwortlich ist, andererseits als Verfasser der „Freiburger Thesen" eine Lüge nach der anderen über die „Freiheit" vom Stapel läßt.

Die kindische Formel, die der Liberale Friedrich Naumann 1905 aufstellte: „1. Der Staat sind wir alle; 2. Der Staat darf nicht alles." und die die F.D.P. heute als eine ihrer angeblichen Leitlinien propagiert, kann nur schlecht darüber hinwegtäuschen, daß der bürgerliche Staat eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen ist, die sie in der sozialistischen Revolution zerschlagen müssen, wenn sie die Freiheit erringen wollen, die es nur durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats geben kann. Das aber ist für die F.D.P. offenbar der schrecklichste Gedanke. „Eine Tyrannei der Mehrheit, eine soziale Tyrannei, die furchtbarer ist als viele Arten sozialer Unterdrückung" (gemeint ist damit die Herrschaft der Arbeiterklasse, in der zum ersten Mal breite Demokratie für die Werktätigen existieren wird), das ist natürlich für die, die jetzt die Macht haben, die Millionen von Menschen ausbeuten und unterdrücken, für die Handvoll monopolkapitalistischer Ausbeuter und ihrer Lakaien ein furchtbarer Gedanke.



1933 bildeten die „Deutschnationalen", die zu den Vorläufern der F.D.P. gehören, mit den Hitlerfaschisten eine Regierungskoalition und hievten Hitler an die Macht. Hugenberg der Führer der „Deutschnationalen" (ganz rechts) im Hitlerkabinett vom 30. Januar 1933

Leere Versprechungen

Natürlich finden sich im Wahlprogramm, den Dutzenden von Broschüren und Faltblättern der F.D.P. zur Wahl ebensoviele Versprechungen. Was da angeblich alles verwirklicht werden soll, wenn der Wähler sein Kreuz an der richtigen Stelle macht, darüber kann man nur staunen. Vom Umweltschutz, dem Recht auf Bildung, dem Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bis hin zur Sicherung der Rentenansprüche und ausreichender medizinischer Versorgung reicht die Skala. Die F.D.P. unterscheidet sich hier nicht wesentlich von den anderen bürgerlichen Parteien. Und wie diese wird auch sie nach der Wahl alle diese Versprechungen wieder in der Versenkung verschwinden lassen. Dann wird es wieder heißen, daß die „leidigen Sachzwänge" den „Mut zu unpopulären Wahrheiten erfordern", dann wird es wieder, an die Werktätigen gerichtet heißen: den Gürtel enger schnallen und Opfer bringen. Die F.D.P. mischt eifrig mit beim bürgerlichen Wahlrummel, den wir auch noch mit unseren Steuergeldern bezahlen. **Ungeachtet all ihrer Parolen und Versprechungen vertritt die F.D.P. in allen Bereichen und in jeder Beziehung die Politik des Monopolkapitals, der westdeutschen Imperialisten. Sie ist eine durch und durch reaktionäre und volksfeindliche Partei.**

Die Lage der werktätigen Massen wird sich nicht dadurch ändern, daß sie das „Recht" haben, alle vier Jahre durch ein Kreuz auf dem Stimmzettel darüber zu entscheiden, ob sie vom linken oder rechten Stiefel des Kapitals getreten werden. Unsere Partei ruft die Werktätigen in unserem Land dazu auf, nicht auf den von den bürgerlichen Parteien veranstalteten Wahlrummel hereinzufallen und die Wahl zu boykottieren.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

„Suchen Sie doch ihren Täter selber"

Liebe Genossen,

ich wohne in einem Viertel, in dem fast ständig Polizei herumfährt, und hier passierte folgendes:

Am Donnerstag, den 26.8. gegen 23.10 Uhr wurde meine Nachbarin, Frau S., auf dem Heimweg von der Arbeit von einem Verbrecher überfallen. Sie wollte gerade die Haustür aufschließen, als der Mann plötzlich vor ihr stand und ihr den Hals zudrückte. Durch ihre Hilferufe kamen mehrere Nachbarn und Gäste aus einer gegenüberliegenden Wirtschaft zusammen. Der Täter rannte wie ein geölter Blitz davon, wurde aber von zwei Männern verfolgt und gestellt, und zwar direkt bei der Fahrbereitschaft der Polizei eine Straße weiter. Ein Polizist nahm einen der **Verfolger** kurz fest (wegen Schlägerei o.ä.), weil er den Täter unsanft behandelt hat. Die beiden Männer sagten der Polizei, daß er eine Frau überfallen hatte. Darauf wurde der Täter solange festgenommen, bis die beiden Verfolger gegangen waren, **um ihn vor diesen zu beschützen!** Ca. 5 Minuten später kam der Täter in hellem BMW mit amerikanischem Kennzeichen (mit dem typischen kurzen Militärhaarschnitt) im Schrittempo an Frau S. (seinem Opfer!) und mir vorbeigefahren und winkte Frau S. zynisch grinsend zu! Als der Mann von Frau S. dem Wagen hinterherlief, gab er Gas und flüchtete mit ausgeschalteter Beleuchtung bei Rot über eine Kreuzung.

5 bis 10 Minuten später kam ein herbeigerufener Polizeiwagen, der aber dem Täter trotz Hinweise der Zeugen nicht hinterherfuhr, sondern erstmal sehr gründlich Personalien des Opfers und der Zeugen aufnahm. Deswegen beschwerte sich Herr S. sehr nachdrücklich bei den Polizisten, wobei ihn die Umstehenden unterstützten. Herr S. wurde darauf wie ein Verbrecher behandelt und beschimpft. Erst sagte ein Polizist, er solle sich „maßigen" (eine Unverschämtheit angesichts der Tatsachen), usw. in diesem Stil, ein anderer **bedrohte ihn mit Gewalt und sagte: „Suchen Sie doch Ihren Täter selber!"**

Nachdem die Polizei weg war, wurde lange diskutiert, und verschiedene Nachbarn waren sich einig, diese Schweinerei muß unbedingt in die Zeitung. Die meisten stimmten mir auch zu, daß die Polizei gegen die Arbeiter (siehe Druckerstreik!) und für die Kapitalisten da ist.

Herr S. erkundigte sich am nächsten Tag nach dem Stand der Ermittlungen. Ihm wurden keine Auskünfte erteilt. Wegen der Freilassung des Taters am vorigen Abend wurde ihm gesagt, die Verfolger hätten sich mit dem Täter geeinigt. Nur merkwürdig, daß die beiden Verfolger auf der Polizei erschienen sind, um Aussagen zu machen, die sie beeiden können.

Das Rätsel wird klar, wenn man erfährt, daß Nachbarn herausgefunden haben, daß es sich wahrscheinlich um einen amerikanischen Offizier handelt, der vermutlich in nächster Nähe wohnt. Frau S. meint, solche „Beschützer" können wir nicht gebrauchen!

Ich bin sicher, daß sie eines Tages vom deutschen Volk zum Teufel gejagt werden und mit ihnen auch dieser ganze kapitalistische Verbrecherstaat samt seiner Polizei.

Rot Front
Eine Genossin aus Stuttgart

Eine Verkäuferin aus der DDR berichtete mir:

Liebe Genossen,

letztes Wochenende war ich in Ostberlin. In einem Geschäft kam ich mit einer jungen Verkäuferin ins Gespräch. Zuerst unterhielten wir uns über die Mißstände in der Bundesrepublik und in Westberlin, dann kamen wir auf die Zustände in der DDR zu sprechen. Folgende Beispiele, die sie mir erzählte, zeigen, daß es in der DDR kein Fatz besser ist als bei uns und daß dort alles nur noch — wie es im Kapitalismus üblich ist — nach Profitdenken ausgerichtet ist.

Die meisten Altbauwohnungen in Ostberlin sind noch nicht saniert und werden in nächster Zukunft wohl nicht saniert werden, d. h., daß ein großer Teil der Ostberliner in Wohnungen wohnt, die weder Heizung, noch Bad, ja noch nicht einmal eine Toilette haben. Sie müssen oft drei Treppen hoch oder runter ein gemeinschaftliches Außenklo benutzen! Es werden auch Neubauwohnungen gebaut, aber die sind wie bei uns winzig klein — Kaninchenställe — und außerdem teurer. Die Verkäuferin z.B. konnte sich von ihrem Gehalt nicht so eine Neubauwohnung leisten.

Alles ist auf Konsum ausgerichtet. So gibt es z.B. sogenannte Exquisit-Läden, wo Luxusartikel vertrieben werden. Natürlich können hier nicht Arbeiter kaufen, sondern die Parteibonzen, Herren Ingenieure usw. Da man dem Nachbarn nicht nachstehen will und sich genausoviel leisten will wie er, ackern die meisten Arbeiter bis zum Umfallen, um sich z.B. einen neuen Wagen kaufen zu können. Das alles fördert natürlich nicht die Solidarität und die Hilfsbereitschaft unter der Bevölkerung, sondern das Gegenteil ist der Fall: Neid und Mißgunst machen sich breit, die Leute sind unzufrieden, kurzum, die Beziehungen zwischen den Menschen sind gestört. So greifen auch in der DDR viele zum Alkohol — gerade auch die Jugendlichen. Und nicht nur Alkohol, auch Rauschgift wird in der DDR gehandelt. So wurde im letzten Jahr in Leipzig ein ganzer Rauschgiftring ausgehoben. Diese Dinge tauchen natürlich in keiner Statistik auf. Den Jugendlichen wird nichts anderes angeboten als laute Diskotheken — was ist das anderes als bei uns! Ein Jugendclub mußte wegen sittenwidrigem Verhalten schon geschlossen werden, weil die Jugendlichen bis morgens auf dem Fußboden gelegen und sich „geliebt" haben. Da kann man sehen, wie verkommen das System in der DDR ist und wie die Honecker-Clique, wie hier unsere Bourgeoisie, mit allen Mitteln versucht, die Bevölkerung und in erster Linie die Jugendlichen vom Klassenkampf abzuhalten.

Dennoch kann die Honecker-Clique es nicht verhindern, daß der Bevölkerung mehr und mehr die Augen aufgehen und sie sich die Ausbeutung und Unterdrückung nicht weiter gefallen lassen wird. So sagte die Verkäuferin: *„Die Überzeugten* (damit meinte sie die, die wirklich für den Sozialismus sind) *sind sowieso nicht in der Partei* (SED)."

Und sie erzählte, wie die SED vorgeht, um neue Mitglieder für die Partei zu bekommen, damit, wie sie sagte, die Statistiken erfüllt würden. So geht die SED an die Hochschulen (wohlbemerkt nicht in die Fabriken), nimmt sich heute mal den Buchstaben „R" vor und fragt alle, deren Nachnamen mit „R" beginnt, ob sie nicht in die Partei eintreten wollen. Das ist alles! Bewußtsein ist natürlich unerwünscht! Wie die Verkäuferin sagte, sind diejenigen, die dann in die Partei gehen, solche, die für sich Privilegien rausschlagen wollen. Sie war mit mir der Meinung, daß in einem wahrhaft sozialistischen System die Unterschiede in der Entlohnung und dem Lebensstandard immer geringer werden müßten, in der DDR hingegen werden die Unterschiede immer größer.

Wie die Verkäuferin werden immer mehr Menschen in der DDR erkennen, daß hinter dem Wort Sozialismus nichts dahintersteht. Unter Führung der KPD/ML Sektion DDR wird die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Schichten des Volkes in der sozialistischen Revolution die neue Bourgeoisie der DDR, an der Spitze die russische Monopolbourgeoisie, hinwegfegen und die Diktatur des Proletariats wiedererrichten.

Rot Front
Eine Genossin aus Westberlin

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML:

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Erstmals in deutscher Sprache

Ausgewählte Werke des Genossen Enver Hoxha erschienen!

Im Verlauf der letzten drei Jahre erschien auf Beschluß des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens eine mehrbändige Ausgabe Ausgewählter Werke des Genossen Enver Hoxha, unter anderem auch in mehreren Fremdsprachen. Der Verlag ROTER MORGEN, der die Herausgabe der deutschsprachigen Ausgabe übernommen hat, liefert in diesen Tagen den I. Band dieser Ausgewählten Werke aus. Der Band, der einen Umfang von ca. 800 Seiten hat, umfaßt Werke Genossen Enver Hoxhas aus den Jahren 1941 bis 1948. Die Herausgabe der Ausgewählten Werke auf deutsch ist für jeden Marxisten-Leninisten, für jeden Revolutionär in unserem Land ein bedeutsames Ereignis. Zum ersten Mal wird damit ein umfangreicher Teil der Werke Enver Hoxhas, des 1. Sekretärs des ZK der PAA, dem Führer des albanischen Volkes und großen Marxisten-Leninisten, einem breiten Leserkreis in Deutschland zugänglich.

Der I. Band der Ausgewählten Werke Genossen Enver Hoxhas ist in zwei Teile gegliedert. Der erste enthält Werke aus dem Zeitraum von 1941 bis 1944, der Periode des Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampfes. Einen der Schwerpunkte in den Schriften bilden hierbei die Reden, Artikel und Aufsätze, in denen Genosse Enver Hoxha den Kampf um die Gründung und den Aufbau der Kommunistischen Partei Albaniens leitet. In dem albanischen Vorwort des I. Bandes heißt es hierzu: *„Der Leser wird darin erkennen, unter welchen Umständen die Kommunistische Partei Albaniens gebildet wurde, wie sie sich als einzige Partei der Arbeiterklasse und als einzige politische Partei im Lande durchsetzte und wie es ihr in relativ kurzer Zeit nach ihrer Gründung gelang, alleinige Führerin der Volksmassen im Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampf zu werden und für immer zu bleiben."* *„Die PAA entstand"*, wie es in der „Geschichte der PAA" heißt, *„durch die Verschmelzung der kommunistischen Gruppen Albaniens in einer einzigen revolutionären Partei der Arbeiterklasse vom neuen Typ auf den organisatorischen und ideologischen marxistisch-leninistischen Fundamenten. Die Verschmelzung wurde im gemeinsamen Kampf der verschiedenen kommunistischen Gruppen gegen die Volksfeinde, die pseudomarxistischen Strömungen und Organisationen, die falschen Standpunkte innerhalb der Gruppen selbst sowie durch die Unterordnung der engen Gruppeninteressen unter das Gesamtinteresse erzielt. Durch die Ausarbeitung und Annahme einer einheitlichen Generallinie, die auf wissenschaftlichen marxistisch-leninistischen Fundamenten errichtet war, wurde diese Verschmelzung zementiert."*


Genosse Enver Hoxha während des Befreiungskampfes

Es ist klar, daß dies alles nur durch einen großen, prinzipienfesten, ideologischen und politischen Kampf geschehen konnte, in dem die Kommunistische Partei geschmiedet und ihre Kader und Kämpfer erzogen und gestählt wurden. Die entsprechenden Werke Enver Hoxhas sind daher, auch wenn sie natürlich den Stempel der damaligen historischen Situation und der besonderen Bedingungen Albaniens und seiner kommunistischen Bewegung tragen, von hoher aktueller Bedeutung und großem Wert für jeden Kommunisten und Revolutionär in unserem Land. Das gilt besonders für die zahlreichen Rundschreiben und Briefe, in denen Genosse Enver Hoxha den Kampf um die Einheit und Geschlossenheit der Kommunistischen Partei gegen die verschiedensten Erscheinungsformen der kleinbürgerlichen Mentalität, des Individualismus, des engen Gruppenegoismus und Zirkeldenkens führt und eine sorgfältige Erziehung der Parteimitglieder in der Erlernung und Einhaltung der leninistischen Normen des inneren Lebens der Partei durchführt.

Im weiteren enthält der erste Teil des Bandes die entscheidenden Dokumente der Ausarbeitung der wissenschaftlichen, marxistisch-leninistischen Linie der PAA, der Analyse des strategischen Zieles, des Hauptfeindes, der Bestimmung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im Kampf und die Festlegung der grundlegenden Aufgaben der Partei auf ihrem Weg zum Ziel.

Auf diesem Weg hatte die Kommunistische Partei Albaniens, die spätere Partei der Arbeit Albaniens, drei Grundaufgaben zu lösen: die Vereinigung des Volkes in einer einzigen Nationalen Befreiungsfront; die Organisierung des allgemeinen bewaffneten Aufstands und die Schaffung einer revolutionären Befreiungsarmee als reguläre Armee des Volkes und des neuen albanischen Staates; die Zerschlagung der alten politischen Macht und die Errichtung der politischen revolutionären Macht der Nationalen Befreiungsräte.

Die Kommunistische Partei Albaniens unter der Leitung Genossen Enver Hoxhas löste diese Aufgaben, alle drei miteinander verbundenen Aspekte des Prozesses der Revolution, im ständigen kompromißlosen Kampf gegen die faschistische Besatzung und ihre einheimischen Lakaien. In den Werken der Kriegszeit spiegelt sich der ungeheure Heroismus der albanischen Kommunisten, der revolutionären Soldaten der Nationalen Befreiungsarmee, der Partisanenabteilungen und des gesamten albanischen Volkes wider, das sich auch in den ernstesten und schwierigsten Situationen des Kampfes niemals unter das Joch des Feindes beugte und unerschütterlich an seinen großen revolutionären und nationalen Idealen festhielt. Sie machen auch die Weitsichtigkeit und Prinzipientreue Genossen Enver Hoxhas bei der unmittelbaren Leitung der Operationen der Nationalen Befreiungsarmee gegen den Feind, bei dem Kampf um die Festigung der Nationalen Befreiungsfront und im Kampf gegen die Verräterorganisationen [illegible]utlich und sind außerordentlich wichtige Lehren für den Kampf des deutschen Volkes um ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Der zweite Teil des vorliegenden Bandes umfaßt den Zeitraum von 1945 bis 1948, die Werke der ersten Nachkriegszeit. Sie sind dem Kampf für die ununterbrochene Fortentwicklung der albanischen Volksrevolution von der antiimperialistischen demokratischen zur sozialistischen Etappe gewidmet, Problemen der Festigung und Vervollkommnung der Volksmacht im Kampf gegen die inneren und äußeren Feinde, des Wiederaufbaus des Landes und der Durchführung der sozialistischen Revolution auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Verschiedene Dokumente behandeln die revolutionäre Außenpolitik der Partei, ihre klare proletarisch-internationalistische Haltung und den Kampf der Partei und der jungen albanischen Staatsmacht zur Verteidigung und Sicherung der Rechte des albanischen Volkes und seiner nationalen Unabhängigkeit in der internationalen Arena.

Einen besonderen Schwerpunkt nimmt darin der Kampf ein, den die albanischen Kommunisten und Genosse Enver Hoxha gegen das albanienfeindliche, antimarxistische und chauvinistische Komplott der Belgrader Revisionisten-Clique Titos führen mußten. In ihrem zügellosen aggressiven Chauvinismus unternahm die Tito-Clique im Bund mit einer Handvoll Agenten im albanischen Partei- und Staatsapparat zahllose Verbrechen der Diversion, Sabotage, Erpressung und konterrevolutionäre Verschwörungen gegen die Volksrepublik Albanien, um dort die Partei auf einen revisionistischen Kurs zu zwingen und dann die Diktatur des Proletariats zu zerschlagen und Albanien zu einer Provinz Belgrads zu machen.

Insbesondere richteten sich die titoistischen Komplotte gegen die korrekte marxistisch-leninistische Führung der Partei der Arbeit Albaniens und Genossen Enver Hoxha. In der entstandenen schweren und komplizierten Situation hielt jedoch Genosse Enver Hoxha unerschütterlich an der korrekten marxistisch-leninistischen Linie der PAA fest und verteidigte sie, eng zusammengeschlossen mit der Partei und dem ganzen Volk. Mehrere ausführliche Reden, die von dem Ernst und der kompromißlosen Schärfe des Kampfes geprägt sind, zeugen von dieser Auseinandersetzung und zeigen, wie Genosse Enver Hoxha die trotzkistischen, konterrevolutionären Pläne der Titoisten und ihrer albanischen Agenten vereitelte und damit die Unabhängigkeit des Landes und seine weitere Entwicklung auf dem Weg des Sozialismus gewährleistete.

Jeder, der heute in unserem Land für die sozialistische Revolution in Ost und West kämpft, für die Wiederherstellung der Einheit der Nation und die Erringung ihrer Unabhängigkeit, jeder Kommunist und Revolutionär muß die Werke Genossen Enver Hoxhas studieren. Es verhält sich so, wie es in der „Geschichte der PAA" über Genossen Enver Hoxha heißt:

„Er ist der Gründer der PAA und hat sie seit ihrer Entstehung in allen historischen Etappen der Revolution geleitet. Er leistete den größten Beitrag zur Ausarbeitung ihrer revolutionären marxistisch-leninistischen Linie. Durch seine Klugheit, Entschlossenheit, seinen Weitblick und seine revolutionäre Kühnheit hat Genosse Enver Hoxha die konsequente revolutionäre Durchführung der marxistisch-leninistischen Parteinormen gesichert, hat die Partei niemals in eine Sackgasse geraten lassen und aus allen schwierigen und verwickelten Situationen siegreich herausgeführt. Genosse Enver Hoxha hat in seinen Werken die revolutionären Erfahrungen der PAA in marxistisch-leninistischer Weise theoretisch verallgemeinert und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Bereicherung des Marxismus-Leninismus geleistet."

Aus Band I der Ausgewählten Werke des Genossen Enver Hoxha

Rundschreiben an die Parteiorganisationen des Bezirks von Tirana über die Stärkung der Partei und die Erhöhung des revolutionären Geistes

November 1942

Dieses Rundschreiben verfaßte Genosse Enver Hoxha ungefähr ein Jahr nach der Gründung der Kommunistischen Partei Albaniens. Die KPA war entstanden durch die Verschmelzung der kommunistischen Gruppen in Albanien zu einer einzigen, revolutionären bolschewistischen Partei der Arbeiterklasse. Innerhalb kurzer Zeit wurde die KPA zur wahrhaften und einzigen politischen Führung der Arbeiterklasse und des Volkes im Nationalen Befreiungskampf und bei der Durchführung der Revolution. Sie konnte ihre großen historischen Aufgaben lösen, weil sie mit der Theorie des Marxismus-Leninismus gewappnet, gemäß seinem revolutionären Stil aufgebaut war, weil sie von Anfang an die Methode der Selbstkritik anwandte und eng mit den Volksmassen verbunden war. Die marxistisch-leninistische Führung der jungen KPA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, führte vom ersten Tag an einen harten, prinzipienfesten Kampf, um alle noch verbliebenen kleinbürgerlichen Erscheinungen, Erscheinungen des Gruppenegoismus und der Zirkelmentalität, die von den alten Führern der Gruppen in die Partei hineingetragen wurden, schonungslos auszumerzen und schmiedete so die bolschewistische Kampfpartei des albanischen Proletariats und der albanischen Volksmassen. So erzog die KPA ihre Mitglieder im marxistisch-leninistischen Geist, und die Vertreter der alten, kleinbürgerlich-egoistischen, karrieristischen Elemente, die sich nicht der Disziplin und stählernen Einheit der proletarischen Vorhut unterordnen wollten, wurden völlig isoliert. Die kämpferischen Dokumente dieser Zeit, von denen wir hier einen Auszug abdrucken, sind daher für den Kampf um die Einheit aller wirklichen Revolutionäre in der einen bolschewistischen Partei und für den weiteren Aufbau der Partei in unserem Land äußerst lehrreich und von größter Aktualität.

Liebe Genossen,

in dieser so schweren Zeit, in der unsere Partei das Volk im wildesten Kampf führt, den die Menschheit gesehen hat, im Kampf auf Leben und Tod, in dieser Zeit, in der sich die ganze Welt erhoben hat, um die wütende Bestie, den Faschismus, niederzuringen, der die Völker abschlachtet und zu versklaven trachtet, müssen wir leider feststellen, daß einige Genossen die Aufgabe, die ihnen aufgetragen wurde, nicht erfüllen, die verantwortungsvolle Aufgabe gegenüber der Partei und unserem Volk vergessen haben. Diese Genossen glauben, daß man den gegenwärtigen Krieg gewinnen kann, wenn man eine oder zwei Stunden in der Woche dafür arbeitet. Diese Genossen glauben, daß sie ihre Mission erfüllt und den hohen Namen eines Parteimitgliedes verdient haben, wenn sie sich einmal in der Woche oder einmal in zwei Wochen in der Zelle versammeln, während sie die ganze übrige Zeit nichts tun, den sich überstürzenden Ereignissen zuschauen und auf diese Weise der Bewegung nachtraben.

In unserer Organisation in Tirana1 ist nicht bei allen Genossen jener revolutionäre Schwung zu spüren, der alle Genossen begeistern sollte. Im Gegenteil, bei einigen von ihnen ist Faulheit und kleinbürgerlicher Geist bis zur vollständigen Gleichgültigkeit gegenüber der ihnen aufgetragenen Arbeit festzustellen.

Diese Arbeit muß jeder kommunistische Kämpfer, der die Partei aus ganzer Seele liebt und sein Leben für sie hingibt, äußerst gewissenhaft, selbstlos und mit der bewußten Disziplin erfüllen, die jeden echten Kommunisten auszeichnet.

Die Berichte der Zellen bestätigen diese Nachlässigkeit deutlich. **Diese Berichte spiegeln im allgemeinen mehr Nachlässigkeit der Genossen wider als Unkenntnis der Aufgabe.** In den Zellensitzungen, die Sitzungen sein sollen, wo alle Fragen unseres Landes ernsthaft erörtert, die Arbeits- und Kampfmethoden festgelegt, den Genossen Aufgaben zugewiesen, die mit mathematischer Präzision zu erfüllen sind, und die Arbeits- und Organisationsmethoden der Schulungsgruppen, der Sympathisantenkonferenzen und der breiten Massen des Volkes studiert werden müßten, dort werden meist unnötige Dinge diskutiert, die zu keinerlei Ergebnissen führen und ohne jeglichen revolutionären Geist sind. Auf diesen Sitzungen herrscht Fahrlässigkeit. Die Sitzungen werden abgehalten nach dem Motto: „Bringen wir's schnell hinter uns" und „schicken wir dem Komitee einen Bericht", ohne daß daran gedacht wird, daß die Zelle die Schule der Partei, die Seele der Partei und das Leben der Partei ist und den Erfolg sichert, ohne daß daran gedacht wird, daß in der Zelle der Puls der Partei schlägt und der Sieg der heiligen Sache, für die Millionen von Genossen gefallen sind und fallen werden, gesichert wird.

Wir leben in einer kritischen Zeit, in der die Massen ständig in Bewegung sind. Wir haben also viele günstige Gelegenheiten, um unsere Tätigkeit zu entfalten. Die Genossen lassen diese Gelegenheiten aber ungenützt verstreichen. Die Volksmassen werden vernachlässigt, wobei völlig haltlose und lächerliche Ausflüchte gebraucht werden, die der Mitglieder einer Kommunistischen Partei vom Typ Lenins und Stalins nicht würdig sind. Ausflüchte, wie z. B. „Ich habe keine Zeit", „Ich muß ins Büro", „Ich muß ins Geschäft gehen", „Die Familie wartet auf mich" und dergleichen.

Es gibt Genossen, die sich weder um die Sympathisantengruppen kümmern, noch etwas für die Bildung von neuen Kadern tun, sondern zufrieden sind, wenn sie in der Zelle berichten können: „Ich habe eine Gruppe mit drei Mann", „Ich habe eine Gruppe mit vier Mann". **Häufig werden** diese Sympathisantengruppen weder versammelt, noch geschieht etwas, um sie zu erziehen, zu schulen und ihr ideologisches Niveau zu heben. Diese sind erst noch Sympathisantengruppen, die nach Arbeit und Kampf dürsten, aber leider sind sie vernachlässigt worden, und die Genossen kommen immer wieder mit demselben Vorwand daher: „Wir haben keinen Ort, um uns zu versammeln."

Die militärische Frage wurde völlig beiseite gelassen, gerade so, als ob wir bereits im Kommunismus lebten, in der Zeit, wo die Klassengesellschaft verschwindet, und nicht im wildesten Krieg. Die Bildung der Guerillaeinheiten wurde vernachlässigt, und von einer Mobilisierung von Freiwilligen und Partisanen kann nicht die Rede sein. Ebenso hat man die Jugend ihrem Schicksal überlassen, und die Genossen halten es für überflüssig, sich mit dieser Arbeit zu befassen, weil dafür, wie sie behaupten, die Jugendorganisation zuständig sei. „Soll sich die Jugendorganisation mit den jungen Menschen abgeben", sagen einige Genossen, „wir haben andere Arbeiten". Im allgemeinen kümmern sich die Genossen nicht um die Gruppen, die ihnen die Jugend zur Schulung übergeben hat, sie versammeln sie nicht, sondern lassen sie sogar links liegen. Dem Verlangen der Jugendlichen nach Arbeit setzen sie entgegen, daß sie Parteimitglieder seien, und sagen ihnen: „Wir haben keine Zeit, denn wir haben noch andere Arbeiten."

Wir haben festgestellt, daß solche Elemente, die sogar den Namen eines Parteimitglieds führen, gerade diejenigen sind, die nicht nur nicht arbeiten, sondern auch die Aktionen der Genossen und die Parteibeschlüsse sabotieren.

Auch bei der Arbeit mit den Frauen sieht es sehr schlecht aus. Die Genossen glauben, daß nur Frauen mit den Frauen arbeiten sollten, genauso wie mit den Jugendlichen nur die Jugendorganisation. Oft laufen Berichte ein, wie: „Ich habe drei Sympathisantenfrauen", „Ich habe zwei", „Ich habe fünf Mädchen", „eine Genossin soll sie übernehmen". Warum wird das so gemacht? Der Grund ist einfach: Sie wollen sie loshaben, sie wollen sich nicht anstrengen und frei sein, um ins Geschäft oder ins Büro gehen zu können, kurz gesagt, sie wollen das Leben ohne Kopfzerbrechen genießen. Der Grund ist einfach, so einfach wie die Richtlinien der Partei über die Arbeit mit den Frauen.

Bezüglich der Druckmöglichkeiten und der Parteiliteratur schreien, verlangen und kritisieren sämtliche Genossen: „Wo ist die Zeitung? Warum erscheint die Zeitung nicht? Warum erscheint die Zeitschrift nicht? Mitteilungen genügen uns nicht, wir wollen Bücher haben!" Aber noch nie haben sie sich den Kopf zerbrochen und sich gefragt: „Woher kommen diese Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, die wir mit soviel Autorität und Kritik verlangen? Fallen sie vom Himmel, oder kommen sie von den Genossen?" Alle fordern, aber keiner kümmert sich um die bisher so vernachlässigten Druckmöglichkeiten, die doch eine der wichtigsten Waffen unseres Kampfes sind. Keiner tut etwas, um einen Ort ausfindig zu machen, wo dieses Material gedruckt werden kann, obwohl das Zentralkomitee der Partei so viele Richtlinien für diese so wichtige Arbeit herausgegeben hat. Nicht nur, daß viele Genossen keinen Finger krumm machen, um beim Druck zu helfen, sondern es gibt auch Genossen, die nicht einmal zulassen, daß die Mitteilungen auch nur eine halbe Stunde in ihren Häusern bleiben, bis ein Genosse sie abholt und in der Organisation verteilt. Wie Ihr seht, ist das ein kleines Opfer für einen, der sich Parteimitglied nennt, aber leider gibt es in der Organisation Mitglieder, die nicht einmal dieses Opfer bringen.

Was die Konspiration betrifft, so existiert sie überhaupt nicht, ja sogar noch schlimmer, es ist gerade so, als ob unsere Organisation legal wäre. Alles, jede Aufgabe, die gestellt wird, jede Aktion, jede Bewegung, erfahren sogar die Pflastersteine. Die Nichteinhaltung der Prinzipien der Konspiration geht bis zur unbewußten Provokation. Wenn einer mit einer Aufgabe betraut wird, so erzählt er die Sache sofort seinem Freund, weil er sonst nicht schlafen kann; wenn man jemandem den Aufenthaltsort eines illegalen Genossen zeigt, rennt er sofort zu den Genossen und erzählt es ihnen, sonst hat er keinen Appetit; wird in der Zelle irgendetwas diskutiert, erfährt es die ganze Organisation; wird eine Aktion durchgeführt, dann muß gleich alle Welt wissen, wer daran beteiligt war. Wenn der Sturm losbricht, die Genossen ermordet oder verhaftet werden und die Maschinen beschlagnahmt werden, dann machen alle große Augen und fragen: Wie war das möglich? Wo ist der Provokateur? Wenn wir alles weitertuscheln und die Prinzipien der Konspiration nicht einhalten, so liegt darin die Ursache der Katastrophe.

Um sich jede Verantwortung und jede Arbeit vom Halse zu halten, haben sich im allgemeinen die Genossen folgende **Begründung zurecht gelegt:** „Das ist Sache der Bezirksleitung", „Das macht die Bezirksleitung", „Die Bezirksleitung soll eine Druckgelegenheit finden", „Die Bezirksleitung organisiert die Arbeit mit den jungen Leuten", „Die Bezirksleitung organisiert die Arbeit mit den Frauen", „Die Bezirksleitung trifft die Sicherheitsmaßnahmen", „Die Bezirksleitung bringt die Mitteilungen heraus", „Die Bezirksleitung übersetzt die Bücher", „Die Bezirksleitung entlarvt die Manöver des Feindes", und zum Schluß heißt es: „Die Bezirksleitung hat die Schuld!"

Die Genossen der Bezirksleitung sind Genossen wie Ihr, und sie arbeiten in der **Illegalität unter weitaus schwierigeren Bedingungen als Ihr. Die Genossen der Bezirksleitung** können zwar Fehler machen, aber die Genossen, die solche Fehler anführen, wie wir oben erwähnt haben, begehen den großen Fehler, daß sie nicht arbeiten. Was soll denn die Bezirksleitung tun, wenn die Zelle folgende Frage an sie richtet: „Wir haben Alkohol für 16 Lek pro Liter gefunden, ist das billig oder teuer?" Können die Genossen, die solche Fragen stellen, denn nicht selbst hingehen und fragen, ob das billig oder teuer ist, muß da ausgerechnet die Bezirksleitung hingehen? Was soll denn die Bezirksleitung machen, wenn eine Zelle mit sechs Genossen ihre zweiwöchige Tätigkeit in einem Bericht zusammenfaßt, den wir als ein Beispiel völliger Inaktivität bringen: „Wir schlagen vor, daß anläßlich des 7. November (der Bericht kam erst am 10. November an) Pakete mit Geschenken für die Partisanen gesammelt werden." „Kaptän F. A. (im Komitee völlig unbekannt!) geht dort und dort hin." „Wir nennen Euch den Namen einer Person, die gesagt hat, daß drei Genossen am Nationalen Befreiungsrat teilgenommen haben."

Liebe Genossen,

dieser Arbeitsstil muß sofort aufhören, diese Nachlässigkeit in der Arbeit muß für immer verschwinden. In unserer Partei können wir niemals Elemente dulden, die **die Partei Lenins und Stalins als ein Wes**pennest der II. Internationale bezeichnen und als ein „refugium peccatorum"2 betrachten, als Tummelplatz der Faulen, der Schlafmützen, der Intriganten, der Karrieristen, der furchtsamen Elemente mit kleinbürgerlichem Geist und ohne jeden Funken von Opferbereitschaft, jener Elemente, die glauben, daß unsere Partei eine lose Vereinigung von Genossen sei, in der man auf Disziplin und Konspiration verzichten könne.

Wir haben diese Elemente nie geduldet, und wir werden sie niemals dulden; sie werden schonungslos von der Partei bestraft werden.

Wir wenden uns an Euch, liebe Genossen, die Ihr die Partei aus ganzer Seele liebt und zu jeder Zeit bereit seid, Euer Leben für unsere heilige Sache zu opfern. Wir wenden uns an Euch, die Ihr Tag und Nacht für den Sieg unserer Waffen kämpft, und fordern Euch auf, stets die Worte unseres großen Genossen Stalin, unseres genialen Führers, im Kopf und im Herzen zu haben: **„die Einheit unserer Partei wie unseren Augapfel zu hüten!"3** Schützen wir die Partei und stärken sie, machen wir sie unserer III. Internationale würdig, machen wir sie fähig, unser Volk zu führen, das so viel gelitten hat. Es liegt in unserer Hand, dieses Ziel zu erreichen. Es liegt an uns, ganze Arbeit zu leisten, die Organisiertheit zu stählen, daß unsere Kommunistische Partei so wird, wie Stalin sagte: **„Die Partei muß vor allem der Vortrupp der Arbeiterklasse sein. Die Partei muß die besten Elemente der Arbeiterklasse mit ihrer Erfahrung, mit ihrem revolutionären Geist, ihrer grenzenlosen Ergebenheit für die Sache des Proletariats in sich aufnehmen."4**

Aufrechte Genossen der Partei, in diesen so kritischen Momenten ist jede Nachlässigkeit in der Arbeit, jede Abweichung ein Messerstich ins Herz der Partei, jede Vernachlässigung, jeder Disziplinbruch ist eine Kugel ins Herz der Partei, ist ein Messerstich und eine Kugel auch in Eure Herzen, denn Ihr seid die Partei.

Aufrechte Genossen der Partei, Stalin lehrt uns:

„Die Partei ist nicht nur Vortrupp der Arbeiterklasse. Will sie wirklich den Kampf der Klasse leiten, so muß sie zugleich auch der organisierte Trupp ihrer Klasse sein. Die Aufgaben der Partei sind unter den Bedingungen des Kapitalismus außerordentlich groß und mannigfaltig. Die Partei muß den Kampf des Proletariats unter außerordentlich schwierigen Bedingungen der inneren und äußeren Entwicklung leiten, sie muß das Proletariat zur Offensive führen, wenn die Umstände eine Offensive erfordern, und sie muß das Proletariat den Schlägen eines starken Gegners entziehen, wenn die Umstände den Rückzug erfordern; sie muß in die Millionenmassen der unorganisierten parteilosen Massen den Geist der Disziplin und der Planmäßigkeit im Kampf, den Geist der Organisiertheit und der Standhaftigkeit hineintragen. Aber die Partei kann diesen Aufgaben nur dann gerecht werden, wenn sie selbst die Verkörperung der Disziplin und Organisiertheit ist, wenn sie selbst der organisierte Trupp des Proletariats ist. Ohne diese Bedingungen kann von einer wirklichen Führung der Millionenmassen des Proletariats durch die Partei keine Rede sein.

Die Partei ist der organisierte Trupp der Arbeiterklasse."5

Wir dürfen also keine einzige Minute lang unorganisiert arbeiten, wir dürfen die Zellenarbeit nicht aufgeben, wir dürfen die Arbeit mit den Sympathisantengruppen6 nicht vernachlässigen, wir müssen sie **regelmäßig versammeln, schulen und ihr ideologisches Niveau haben; wir dürfen von** den Beschlüssen nicht abweichen und die Arbeit auf keinem Sektor vernachlässigen.

Aufrechte Genossen der Partei, Ihr dürft von den breiten Volksmassen keine einzige Minute abseits stehen. Ihr müßt stets dort sein, wo das Volk, die Arbeiter und Bauern sich versammeln, und es darf niemals vorkommen, wie an dem Tag, als der Feind unseren Genossen Shyqyri Ishmi zum Galgen führte, daß die Geheimagenten und die Miliz den Bauernmassen erzählten, der Gehängte sei ein gemeiner Kommunist und Mörder gewesen, der die Familie, die Religion zerstören wollte, und andere solche Gemeinheiten!

Aufrechte Genossen der Partei, bewahrt das Parteimaterial auf, lest es und verbreitet es! Unsere Zeitungen, Flugblätter und Parteibulletins müssen bis in die abgelegenste Hütte gelangen, die Stimme der Gerechtigkeit und der Mobilisierung muß jedes Ohr und jedes Herz aufrütteln.

Aufrechte Genossen der Partei, Genossen, die Ihr jederzeit bereit seid, Euer Blut als echte Soldaten Stalins zu vergießen, schließt Eure Reihen enger, schützt die Partei und die Genossen, seid wachsam und unbarmherzig gegen die Feinde und Landesverräter, haltet Euch strikt an die Prinzipien der Konspiration, denn unsere Arbeit und unser Kampf sind keine Klatsch- und Prahlobjekte, sondern ein schrecklicher Kampf gegen einen wilden Feind. Kein Erbarmen mit den Provokateuren, mit den Faulen, mit den Feigen, mit den Karrieristen und mit den anderen opportunistischen Elementen, die auf verschiedene Weise versuchen, die Arbeit in der Partei zu behindern und zu stören.

Liebe Genossen, die Partei setzt ihr Vertrauen in Euch, denn darin liegt ihre Kraft, sie hat Vertrauen und sie ist sicher, daß Ihr eifrig, diszipliniert und opferbereit an die Arbeit herangehen werdet. Auf diese Weise wird unsere Partei das albanische Volk mit Sicherheit zum Siege führen.

Freundliche Grüße
Für das Bezirkskomitee von Tirana

Malo7

---

1) Seit der Gründung der Partei hatte Genosse Enver Hoxha, neben der Leitung des provisorischen ZK der KPA, bis April 1943 auch die Funktion des politischen Sekretärs des Bezirkskomitees der KPA für Tirana inne.

2) Refugium peccatorum (lat. im Original): Zufluchtsort für Sünder.

3) J. W. Stalin, Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 6, S. 42

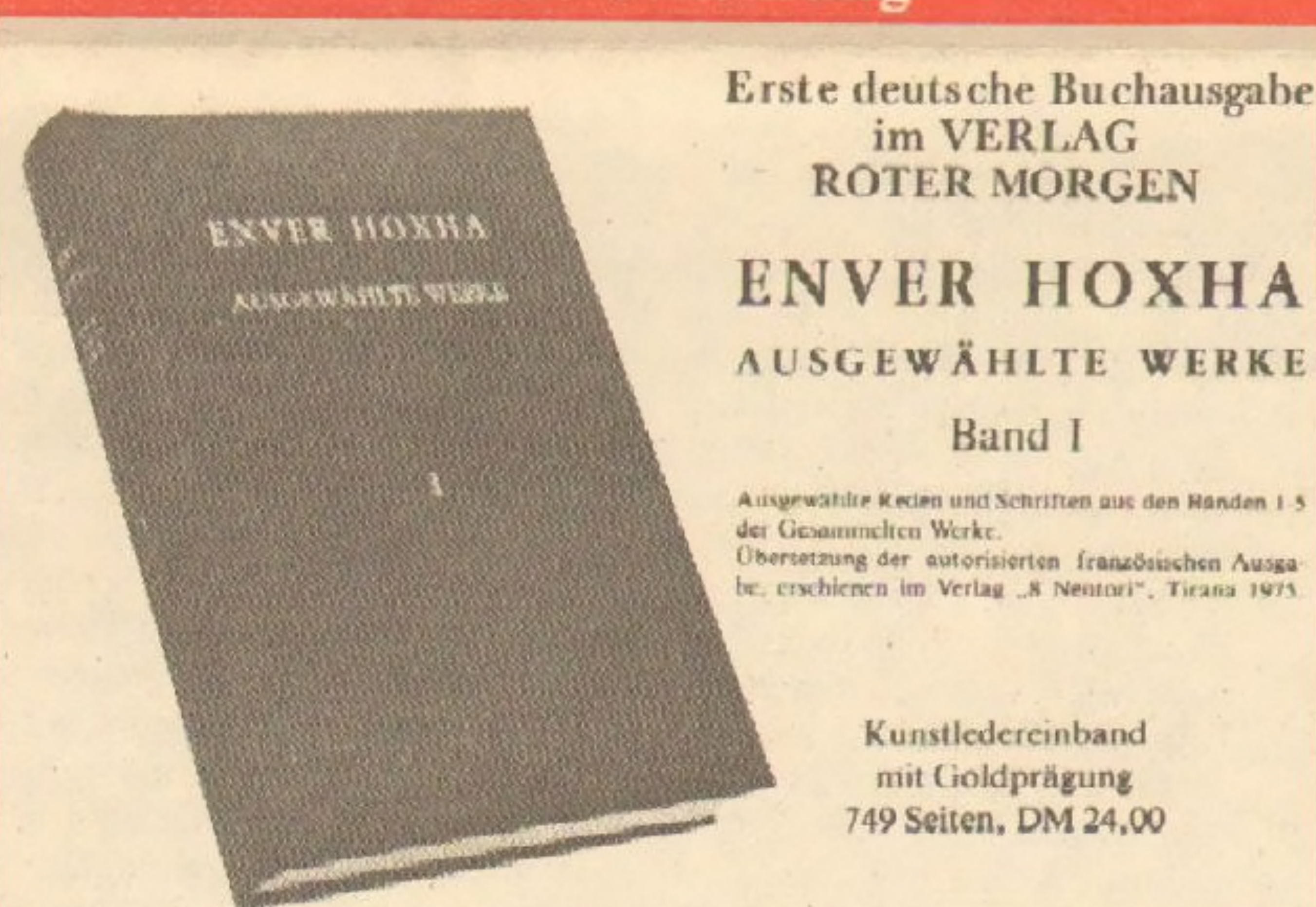
4) Ebenda, S. 150/151

5) J. W. Stalin, Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 5, S. 151 f.

6) So wurden die Gruppen von Menschen genannt, die der Partei am nächsten standen und Aussicht hatten, ihre Mitglieder zu werden. Später wurden sie als Kandidatengruppe der Partei bezeichnet.

7) Eines der Pseudonyme des Genossen Enver Hoxha während des Nationalen Befreiungskampfes.

Neuerscheinung



Erste deutsche Buchausgabe im VERLAG ROTER MORGEN

ENVER HOXHA
AUSGEWÄHLTE WERKE
Band I

Ausgewählte Reden und Schriften aus den Bänden 1-5 der Gesammelten Werke.
Übersetzung der autorisierten französischen Ausgabe, erschienen im Verlag „8 Nentori", Tirana 1975.

Kunstledereinband
mit Goldprägung
749 Seiten, DM 24,00

In Vorbereitung: Ausgewählte Werke, Band II und III.

Zu bestellen bei: **GEWISO-Buchvertrieb**, Postfach 11 16 49, 2 Hamburg 11.

Aus aller Welt

KOLUMBIEN

Die breiten Volksmassen Kolumbiens haben in letzter Zeit den Kampf gegen die volksfeindliche Politik des reaktionären Regimes im Land verstärkt. Große Ausmaße nahm Anfang September die Studentenbewegung an. Am 4. September führten die Studenten von Manizales große Demonstrationen durch. Sie besetzten das Universitätsgebäude und beschlossen, aus Protest gegen die brutale Unterdrückung dort zu bleiben. Schon nach kurzer Zeit griffen starke Polizeikräfte die Studenten barbarisch an. Es kam zu heftigen Kämpfen, bei denen einige Polizisten und Studenten verletzt wurden. Die Kämpfe von Manizales griffen sofort auf das ganze Land über. So demonstierten u. a. auch einige tausend Studenten der Hafenstadt Barranquilla durch die Straßen der Stadt. Auch hier kam es zwischen der Polizei und den Studenten zu heftigen Auseinandersetzungen, bei denen es zahlreiche Verwundete gab. In der Hauptstadt Kolumbiens, Bogotá, beteiligten sich auch zahlreiche Arbeiter, die sich mit den Studenten solidarisierten, an den Demonstrationen.

SPANIEN

Wie die APEP, die Presseagentur des spanischen Volkes berichtet, arbeiten die modernen Revisionisten in Spanien mit der Polizei zusammen, um die Streiks und Demonstrationen der werktätigen Massen gegen die faschistische Monarchie zu unterdrücken. So versuchten die Revisionisten z. B. in Barcelona bei einer Kundgebung von etwa 3 000 Menschen, die Beteiligung einer Gruppe von Kämpfern der Kommunistischen Jugend/Marxisten-Leninisten zu verhindern. Die Gruppe führte eine republikanische Fahne mit sich. Aber die entschlossene Haltung der marxistisch-leninistischen Kämpfer und der Massen hinderte die revisionistischen Verräter daran, ihre Absicht zu verwirklichen. Ebenfalls in Barcelona stießen während einer Demonstration Tausende von Demonstranten mit den Revisionisten und der faschistischen Polizei zusammen, die sich bemühten, Kämpfern der KP Spaniens/ML eine republikanische Fahne zu entreißen.

In Galicien und anderen spanischen Provinzen setzen die Bauarbeiter ihren Streik fort. In den Streik getreten sind außerdem die Arbeiter der Provinz Burgos und die Luftfahrtangestellten in verschiedenen Städten Spaniens. Dabei kam es in Burgos während verschiedener Demonstrationen zu Kämpfen mit der faschistischen Polizei.

USA

In den USA geht der Streik von Tausenden von Arbeitern der Gummiindustrie weiter. Der Streik, der bereits im April begonnen hat, zählt zu den längsten Streiks der Arbeiter dieses Industriezweiges in der ganzen Geschichte ihres Kampfes gegen das Monopolkapital. Die Streikenden verlangen höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und Wiedereinstellung ihrer entlassenen Kollegen. Unterdessen sind auch etwa 170 000 Arbeiter der Ford-Automobilwerke in New Jersey, Dearborn und anderen Städten in den Streik getreten. Zu den gerechten Forderungen der Arbeiter gehören höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze. Die Arbeiter verschiedener Städte führten außerdem Demonstrationen durch. So versammelten sich in Louisville Tausende von Arbeitern im Zentrum der Stadt und verurteilten scharf die an den amerikanischen Schulen betriebene Politik der Rassentrennung, die starke Verringerung der Investitionen für die Schulen und die ständige Erhöhung der Gebühren für den Unterrichtsbesuch.

GROSSBRITANNIEN

Anfang September traten Tausende von Arbeitern der Leyland-Corporation in den Streik. Auf Streikversammlungen verurteilten sie scharf die Bemühungen der Monopole, die Profite auf Kosten der Arbeiterklasse zu vergrößern. Sie bekundeten außerdem ihre Entschlossenheit, zur Verteidigung ihrer gerechten Forderungen zu kämpfen. Die Arbeiter wiesen die Forderungen der reaktionären Gewerkschaftsbonzen, die Arbeit wieder aufzunehmen, zurück.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMPUCHEA

PALÄSTINA

Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA meldet neue Aktionen der palästinensischen Partisanen gegen die israelischen Aggressoren am westlichen Jordanufer und bis ins Innere von Tel Aviv. In der Nähe von Tel Aviv griffen die Partisanen ein wichtiges Militärobjekt des Feindes an und legten einem mit israelischen Soldaten besetzten Lastwagen einen Hinterhalt. Ähnliche Aktionen wurden auch an verschiedenen anderen Stellen der besetzten Gebiete durchgeführt. Durch diese Aktionen erlitten die israelischen Zionisten spürbare Verluste an Menschen und Material.

Außerdem dehnen sich in allen von den israelischen Zionisten besetzten Gebieten die Streiks und Protestdemonstrationen weiter aus. Die palästinensischen Massen verlangen dadurch, die israelische Politik der Hebräisierung der besetzten Gebiete, der politischen Verfolgung und des brutalen Terrors zu beenden und fordern den Abzug der israelischen Besatzer von ihrem Territorium. Ebenso bekunden sie ihre Solidarität mit ihren Brüdern im Libanon, die Gegenstand eines Massenmords durch diejenigen reaktionären Kräfte geworden sind, die die Unterstützung der beiden imperialistischen Supermächte genießen.

Die Tatsache, daß der bewaffnete Kampf der palästinensischen Patrioten weitergeht und die Welle des Protestes in den besetzten Gebieten immer höher schlägt, ist ein Beweis der Lebenskraft des palästinensischen Volkes und seines Befreiungskampfes. Inzwischen begannen die israelischen Truppen eine neue Verfolgungs- und Terrorkampagne. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen wurden alltäglich. Über zahlreiche Städte in den besetzten Gebieten ist der Belagerungszustand verhängt. Diese Kampagne findet parallel zu dem Völkermord im Libanon statt, der das Ziel hat, das ganze palästinensische Volk zu liquidieren. Aber das palästinensische Volk hat es bisher noch immer verstanden, nach jedem Sturm wertvolle Lehren im Interesse seines verstärkten Befreiungskampfes zu ziehen. Nach jedem Sturm sind die Flammen des Kampfes höher geschlagen, und sie werden höher und höher schlagen bis zum vollständigen Sieg. Es gibt keine stärkere Waffe als den Volkskrieg, in desses Feuer jeder Aggressor verbrannt und zerschlagen wird.

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL
Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)
Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien
PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unitá

Türkei
HALKIN SESİ 42

Nato-Manöver: Ein Soldat berichtet

"Im Ernstfall wären wir alle draufgegangen."

Unter der Führung der US-Imperialisten fanden in diesen Wochen Manöver in ganz Westeuropa statt. Vom Nordkap bis in die Türkei waren Hunderttausende Soldaten im Einsatz, um den Krieg zu proben. Zur gleichen Zeit führten auch die Warschauer-Pakt-Staaten unter Vorherrschaft der russischen Sozialimperialisten in Polen und der DDR riesige Manöver durch. Im Gegensatz zu ihrem dauernden Gerede von Frieden und Entspannung rasselten die beiden großen imperialistischen Räuber kräftig mit dem Säbel.

Dies alles sind keine Spielereien. Die beiden Supermächte und ihre Militärblocks, NATO und Warschauer Pakt, rüsten zum Krieg gegeneinander. „Aus dem Stand heraus zuschlagen zu können", wie es bei der Bundeswehr hieß, war Sinn all dieser Übungen, bei denen der Krieg möglichst realistisch geprobt werden sollte.

Im Rahmen der NATO-Manöver fanden in Westdeutschland verschiedene Übungen statt. Eine Luftlandedivision der US-Imperialisten, im Vietnamkrieg erprobt, wurde eingeflogen. In Bayern, Hessen, an der DDR-Grenze, in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein fanden verschiedene Manöver statt. Das größte war die Übung „Großer Bär" im gesamten norddeutschen Raum. Über 60.000 deutsche, amerikanische, holländische, dänische und englische Soldaten mit mehr als 3.000 Panzern erlebten dort eine Woche, wofür die Armeen der NATO-Staaten da sind.

„Ohne Rücksicht auf Verluste!" wie im Krieg galt dieses Motto auch für die Militärs bei dieser Übung. Da wurden Millionen verschleudert, Tote und Verwundete in Kauf genommen, die Bevölkerung in den Manövergebieten terrorisiert, Grund und Boden vieler Bauern und große Waldgebiete rücksichtslos beschädigt. Und es wurde deutlich, die einfachen Soldaten in den imperialistischen Armeen sind nichts als Kanonenfutter.

Ein Soldat berichtete uns von einem Einsatz bei dem Manöver „Working-rat" — arbeitende Ratte, das Bundeswehr-Einheiten und Soldaten der englischen Besatzertruppen im Landkreis Lüchow-Danneberg an der Grenze zur DDR durchführten: „Wir sollten mit rund 25 Mann die Engländer am weiteren Vordringen in einem Wald hindern. Obwohl die englischen Soldaten weit in der Überzahl waren, mußten wir sie angreifen, weil sich unser Leutnant von einer solch „wagemutigen Aktion" Pluspunkte für seine Karriere versprach. Die Sache ging natürlich schief. Die Engländer kamen aus ihren Stellungen heraus und griffen uns mit einer großen Übermacht an. Keiner von uns hätte eine solche Aktion im Ernstfall überlebt. Und was dann kam, zeigt deutlich den Geist der Offiziere der Bundeswehr: Als die Lage schon aussichtslos war, schmissen der Leutnant, sein Feldwebel und einige Unterführer den heranstürmenden Engländern Übungshandgranaten und Knallkörper vom Typ DM 12 vor die Füße, die auf kurze Entfernung gefährliche Verletzungen hervorrufen können. Jetzt kümmerten die englischen Soldaten sich natürlich nicht mehr um unsere Schießerei mit den Platzpatronen, sondern stürmten heran, um uns für diese Sauerei zu verprügeln. Wir sind, trotz aller gegenteiligen Befehle, natürlich sofort abgehauen, so schnell wir konnten in den Schützenpanzer und weg. Im Moment hatten wir nur Angst, daß die Engländer uns mit ihrer Übermacht zusammenschlagen, aber jeder wußte, im Ernstfall wären wir alle für den Ehrgeiz dieses Offiziers draufgegangen."

Der ganze Ernst dieses gewaltigen Kriegsspiels wird auch deutlich, wenn man sieht, wie die schweren Unfälle, die Manövertoten bewußt in Kauf genommen werden. „Ein Fahrer hat versagt, — ein bedauernswerter Unfall", heißt es immer wieder bei den Unfällen, die allein bei der Übung „Großer Bär" mindestens 8 Menschen das Leben kosteten. Daß es dazu kommt, ist jedoch kein Wunder, wenn man Panzerfahrern, die oft über mehrere Tage hinweg nur einige Stunden geschlafen haben, plötzlich nachts befiehlt, mit hoher Geschwindigkeit über Landstraßen und durch Dörfer zu rasen. Der Schützenpanzer Marder z. B., fast 30 Tonnen schwer und 80 km/h schnell, ist so eine große Gefahr für die 10-Mann-Besatzung und alles, was ihm in den Weg kommt. Überrollte Passanten und Motorradfahrer, plattgefahrene Autos und eingedrückte Häuserwände, das waren die Spuren der Militärverbände. „Menschliches Versagen bleibt die Hauptquelle für Unfälle in Herbstübungen", schreibt z. B. die „Süddeutsche Zeitung" am 13. 9. Das ist offensichtlich falsch. Es sind die Befehle der Offiziere und Generäle, die schon bei einer Übung keine Rücksicht auf die Bevölkerung und das Leben der Soldaten nehmen und die in einem Kriege ganz sicher genauso rücksichtslos vorgehen werden, selbst wenn sie über Berge von Leichen müssen.

Vor den Manövern wurden zwar Vorschriften ausgegeben, die zur Verringerung der üblichen Manöverschäden führen sollten. Aber in der Praxis sah das anders aus. Die „militärische Lage" hatte natürlich Vorrang. Und so wurde über Mais und Rübenäcker gefahren, über frisch eingesäte Felder, Straßen und Wälder zerpflügt. Zwar wurde groß getönt, die Bauern würden sofort entschädigt. Aber was hat ein Bauer davon, wenn er für seine vernichtete Rübenernte einige Mark bekommt, aber gezwungen ist, sich das Viehfutter für den Winter zu viel höheren Preisen kaufen zu müssen. Wie wenig die Offiziere das kümmert, zeigt auch folgendes Beispiel: Als ein Bauer in der Nähe von Nienburg zurecht darauf bestand, daß einige Panzer seinen Rübenacker verlassen, fuhren diese nicht etwa in den vorhandenen Spuren zurück, sondern auf ausdrücklichen Befehl des Zugführers wurden große Wendemanöver gefahren, die weitere Schäden verursachten.

Um diesen Terror, den volksfeindlichen Charakter dieser Übungen und die dahinterstehende reale Kriegsgefahr zu vertuschen, waren überall Einheiten der sogenannten „Psychologischen Kriegsführung" eingesetzt. Sie sollten für Verständnis in der Bevölkerung werben, stellten das Manöver als „notwendige Übel" dar. Beim Manöver „Großer Bär" wurde sogar eine Tageszeitung herausgegeben, die unter anderem auch von der Polizei in den Übungsgebieten verbreitet wurde. Mit Geschichten von den lustigen Soldaten, die gutes Essen bekommen und bei den bundeswehrfreundlichen Bauern im Stroh schlafen, sollte die Wirklichkeit verkleistert werden. Über die Unfälle und die Schäden war nicht viel zu lesen. Und mancher Soldat, der tagelang von der Versorgung abgeschnitten war und sich, nur wenn er Glück hatte, irgendwo für sein eigenes Geld etwas zu essen kaufen konnte, zerriß wütend dieses Blättchen mit der verlogenen Manöverromantik.

Der ganze Propagandaaufwand zeigt aber auch deutlich das Bemühen, die wirklichen Ziele solcher Manöver, die wachsende Gefahr eines neuen Krieges zu verschleiern. Eines Krieges, und das machten schon diese Manöver deutlich, der gegen die Völker gerichtet ist. Unter der Führung der US-Imperialisten für deren Interessen und den Machthunger der westdeutschen Imperialisten. Doch aller Propagandarummel wird den wachsenden Widerstand gegen Manöverterror und gegen die Gefahr eines neuen Krieges nicht aufhalten können.



Mehrere Menschen haben bei Unfällen mit NATO-Panzern, die rücksichtslos durch die Orte rasen, ihr Leben verloren.

Ami-Manöver in Westberlin



In Westberlin haben die amerikanischen Imperialisten die brutale Niederschlagung von Kämpfen der Werktätigen gegen die US-Besatzungstruppen geübt. Unser Bild zeigt den Einsatz von schwerbewaffneten US-Infanteristen im Kampfanzug und mit aufgepflanztem Bajonett gegen eine Gruppe von Demonstranten. Zynisch kommentiert Springers „Bild": „Army-Soldaten seilen sich an der Außenwand ab. Noch drei Schüsse und der Kampf ist aus...". Mehr als alle Worte zeigen die Bilder von diesem Manöver, daß die amerikanischen Imperialisten ihre Besatzertruppen keineswegs in unserem Land stationiert haben, um die „Freiheit des Volkes" zu schützen. Sie stehen hier, um die Machtinteressen des amerikanischen Imperialismus und die Ausbeuterherrschaft des westdeutschen Monopolkapitals gegen die Werktätigen zu verteidigen. Sie können allerdings sicher sein, daß ihnen die Werktätigen im Ernstfall nicht mit leeren Händen gegenübertreten werden, wie auf unserem Manöverbild...

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Chile: Nieder mit den Revisionisten

Die Befreiung Chiles wird im Volkskrieg errungen!

Vor drei Jahren, am 11. September 1973, putschten in Chile die reaktionären Generäle, hinter denen als Anstifter der amerikanische Imperialismus stand. Sie stürzten die Regierung Allende und errichteten eine barbarische faschistische Diktatut über das Volk. Seit dieser Zeit kämpft das chilenische Volk, um die faschistische Diktatur zu stürzen und die Imperialisten, mit den amerikanischen an der Spitze, aus dem Land zu jagen. In diesem Kampf steht das chilenische Volk aber auch den modernen Revisionisten der „K"P Chiles gegenüber. Diese Verräter in der Maske des Kommunismus sind ebenfalls erbitterte Feinde des chilenischen Volkes und der chilenischen Revolution.

Die modernen Revisionisten waren es, die mit ihrem Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, durch ihre gesamte Tätigkeit das chilenische Volk ideologisch, politisch und militärisch entwaffneten und es den Faschisten in die Hände lieferten. Sie handelten dabei zugleich als Lakaien des russischen Sozialimperialismus, dem sie Chile in die Hände liefern wollten.

Schon 1961 schrieb der Verräter Corvalan, der heute von den Revisionisten als Vorkämpfer für die Freiheit des chilenischen Volkes gepriesen wird, in seinem Buch „Weg des Sieges": *„Was Chile betrifft, sind wir Kommunisten zu dem Schluß gekommen — indem wir uns präzise auf die konkreten historischen Bedingungen unseres Landes stützten —, daß hier bei uns der wahrscheinlichste Weg der revolutionären Entwicklung der friedliche Weg sein wird."* Als die Parteien der „Unidad Popular", der auch die modernen Revisionisten angehörten, 1970 die Wahlen gewannen, eine Regierung bildeten und Allende Präsident wurde, behaupteten Corvalan und Co., dies sei der Beweis für die Richtigkeit ihrer revisionistischen Theorien.

„Zum ersten Mal", predigte der Revisionist Teitelboim 1971 auf der Nationalen Versammlung des Gewerkschaftsverbandes, *„hat ein Volk die Macht errungen, indem es durch die enge und scheinbar unmögliche und nicht praktikable hohle Gasse der Urnen geschritten ist. Die chilenische Volksbewegung hat die gesellschaftliche Praxis bereichert, indem sie diesen neuen schöpferischen Beitrag zur Geschichte des Kampfes für die Emanzipation der Arbeiter geleistet hat."*

Mit dieser Art der Propaganda weckten die modernen Revisionisten Illusionen unter den Massen, denn in Wirklichkeit ging es ihnen gar nicht darum, die Macht in die Hände des Volkes zu legen. Ihnen ging es darum, die revolutionären Kämpfe des Volkes zu bremsen, es vom revolutionären Weg abzulenken, und darum Chile, unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus unter das Joch der anderen Supermacht, des russischen Sozialimperialismus zu zwingen.

Die Erfahrungen der Geschichte — und die tragischen Ereignisse in Chile haben das erneut bestätigt — besagen, daß noch niemals eine herrschende Klasse die Macht freiwillig, aufgrund einer Mehrheitsentscheidung aus den Händen gegeben hat. Im Gegenteil. Stets haben die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes zu den Waffen gegriffen, um die Revolution der ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen blutig niederzuschlagen. Als die chilenischen Revisionisten ihren angeblichen „friedlichen" Sieg über den amerikanischen Imperialismus und die chilenische Reaktion bejubelten, da bombardierten zum Beispiel die amerikanischen Imperialisten gerade auf die mörderischste und verbrecherischste Weise die kambodschanischen Dörfer und Städte, um den revolutionären Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes niederzuschlagen. Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß sich die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker nur befreien können, wenn sie zum Gewehr greifen und die Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft durch die gewaltsame Revolution zerschlagen.

Das entscheidende Problem jeder Revolution ist die Ergreifung der politischen Macht. Schon Marx stellte dazu fest: **„Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann."** Und Lenin fügt in seiner Schrift „Staat und Revolution" hinzu: **„Der Marx'sche Gedanke besteht darin, daß die Arbeiterklasse ‚die fertige Staatsmaschine'** ***zerbrechen, zerschlagen*** **muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf."** Das lehrt der Marxismus-Leninismus, die modernen Revisionisten aber predigen das genaue Gegenteil. Sie taten so, als ob das Volk mit dem Wahlsieg der „Unidad Popular" und der Bildung der Regierung Allende bereits die Macht in den Händen halten würde, ohne den alten Staatsapparat auch nur im entferntesten angetastet zu haben. Die modernen Revisionisten traten überall gegen die revolutionäre Gewalt der Volksmassen auf, verurteilten die Landbesetzungen durch die Tagelöhner und armen Bauern. Der Verräter Corvalan forderte sogar den Einsatz der Polizei und der Armee gegen die gewaltsamen revolutionären Aktionen. Mehr noch. Die modernen Revisionisten verboten den Werktätigen durch Gesetz den Besitz von Waffen, während sie die reaktionäre Armee, die Hauptstütze des amerikanischen Imperialismus und der chilenischen Reaktion nun dem chilenischen Volk als angebliche Hauptstütze seiner Macht präsentierten. Sie erklärten: *„Das Volk zweifelt nicht am Patriotismus und der Verfassungstreue der Armee. Das Volk wird ihrem Marschtritt durch unsere Straßen weiter zujubeln, morgen genauso wie heute."*. Sie sagten sogar: *„Die Regierung ist unbesiegbar ..., denn sie kann auf die disziplinierte Rückendeckung der bewaffneten Kräfte des Landes rechnen."* Kaum zwei Jahre später ermordeten Einheiten derselben Armee den Präsidenten Allende und Tausende von revolutionären und patriotischen Menschen, ergriff eine Junta von Generälen mit Hilfe der Armee die Macht und errichtete die faschistische Diktatur.

Auch heute, drei Jahre nach dem faschistischen Putsch, predigen die modernen Revisionisten dem chilenischen Volk weiter, auf die „demokratischen Sektoren" der Armee zu vertrauen und ja nicht daran zu denken, sich zu bewaffnen, um die faschistische Diktatur durch den revolutionären Volkskrieg zu stürzen. Sogar angesichts der Brutalität und des Terrors der faschistischen Junta gegen das Volk wagt es ein Führer der chilenischen Revisionisten im „Neuen Deutschland" zu erklären: *„Die faschistische Militärjunta hält sich mehr dank der Zersplitterung der antifaschistischen Kräfte an der Macht, als dank der Waffengewalt."*

Um die Revolution zum Sieg führen zu können, ist es notwendig, einen erbitterten und kompromißlosen Kampf gegen die modernen Revisionisten zu führen, die das Volk in jeder Hinsicht entwaffnen und die Volksrevolution wütend bekämpfen, und damit dem amerikanischen Imperialismus und der Junta den größten Dienst erweisen. Zugleich tun sie alles, um das chilenische Volk von einer Knechtschaft in die andere, unter das Joch des russischen Sozialimperialismus, zu führen. Sie sind in jeder Beziehung geschworene Feinde des chilenischen Volkes.

Aber das chilenische Volk hat am eigenen Leib erfahren, daß der „friedliche Weg" der modernen Revisionisten in Wirklichkeit in die blutige Niederlage führt. Deshalb wächst und vergrößert sich heute unter den chilenischen Volksmassen der Einfluß der marxistisch-leninistischen Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles und der von ihr geführten Front des Volkes. Ihr Programm ist klar und einfach. So heißt es in einem Dokument der Partei vom Anfang dieses Jahres: **„Die Partei muß die leitende Vorhut sein. Daß die Partei sich ständig entwickelt und stärkt und konsequent die Lehren des Marxismus-Leninismus befolgt, ist eine unerläßliche Voraussetzung, um in jeder Etappe des revolutionären Kampfes den Erfolg zu garantieren, um die revolutionären Kräfte zu sammeln und zum bewaffneten Kampf überzugehen.** ***Der Weg, um die Volksmacht zu erringen, geht über den Volkskrieg."***

Das Volk von Azania verstärkt seinen Kampf

Kissingers Komplotte werden scheitern!

Seit mehr als drei Monaten sind die verschiedenen Städte Südafrikas Schauplatz heftiger Kämpfe zwischen den azanischen Volksmassen und den Einheiten der rassistischen Polizei und Armee des Vorster-Regimes. Das Volk von Azania fordert entschieden, mit der unmenschlichen Apartheidpolitik, der brutalen Ausbeutung und Unterdrückung und dem Regime der weißen Kolonialherren Schluß zu machen und will seine Freiheit und nationale Unabhängigkeit erlangen. Ungeachtet der Brutalität und des Terrors der rassistischen Truppen, der Ermordung von Hunderten von Afrikanern, der Einkerkerung von Tausenden von Kämpfern, hat sich die Kampfentschlossenheit des Volkes von Azania immer mehr gefestigt.

So traten am 13. September, kurz vor der Ankunft Kissingers in Südafrika 350 000 Arbeiter aus Soweto und Alexandra in den Streik. Zugleich organisierten einige tausend Bewohner von Soweto eine weitere machtvolle Demonstration gegen das rassistische Regime. Dabei eröffneten die rassistischen Soldaten erneut das Feuer auf die Demonstranten und ermordeten zahlreiche Jugendliche. Allein in Soweto wurden darüber hinaus 2 000 weitere Jugendliche verhaftet.

Das azanische Volk hat erkannt, daß es seine elende Lage nicht beenden kann, ohne das Rassistenregime zu liquidieren. Es hat auch erkannt, daß die Freiheit und Unabhängigkeit nur durch den Kampf errungen werden können, und die höchste Phase dieses Kampfes ist der bewaffnete Kampf.

Die machtvollen Kämpfe der azanischen Volksmassen und die erfolgreiche Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker von Namibia und Simbabwe haben die weißen rassistischen Regimes Vorsters und Smiths jetzt bis in ihre Grundfesten erschüttert. Erschüttert sind damit auch die Positionen der imperialistischen Mächte und vor allem des amerikanischen Imperialismus im südlichen Afrika. Deshalb ist jetzt der amerikanische Außenminister Kissinger nach Afrika gereist, um sich erneut mit Vorster und Smith zu treffen und neue Komplotte gegen den Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika zu schmieden.

Kissinger kann sich dabei voll auf die Unterstützung der anderen imperialistischen Mächte verlassen. So konferierte er vor seiner Reise nach Johannesburg nicht nur mit den britischen und französischen Imperialisten, sondern auch mit Bundeskanzler Helmut Schmidt. Nach diesem Treffen verkündete Schmidt, daß zwischen ihm und Kissinger „vollständige Übereinstimmung der Ansichten" besteht. Die westdeutschen Imperialisten, die nach den USA-Imperialisten zu den größten Ausbeutern und Unterdrückern der Völker von Azania und Namibia gehören, unterstützen die Komplotte Kissingers, die das Ziel haben, die weißen kolonialistischen Regimes im südlichen Afrika, und damit die Ausplünderung der Völker durch den Imperialismus, aufrechtzuerhalten. Schmidt selbst erklärte, daß die westdeutschen Imperialisten ein „besonderes Interesse an Namibia" haben, das vor dem ersten Weltkrieg deutsche Kolonie war.

Kissinger begann seine Rundreise mit verschiedenen Beteuerungen. Er versuchte die Rolle eines Anwalts der unterdrückten afrikanischen Volksmassen zu spielen, äußerte sich abfällig über die Apartheid und die rassistische Unterdrückung und verlangte sogar, daß die afrikanische Bevölkerung in Namibia und Simbabwe bis 1978 die Regierungsgeschäfte in die Hand nehmen müßten. Aber in Wirklichkeit sind Kissingers Erklärungen nichts als Betrugsmanöver. Die amerikanischen Imperialisten sind es doch, die den rassistischen Regimes die Waffen liefern, mit denen die Volksmassen niedergemetzelt werden. Es geht Kissinger jetzt um nichts anderes als darum, Zeit zu gewinnen, mit seinen Predigten über eine „friedliche Lösung" die siegreiche Entwicklung des revolutionären Befreiungskampfes zu bremsen und die Völker zu entwaffnen. Keinem anderen Zweck dienen auch die Gespräche Kissingers mit einigen afrikanischen Lakaien der rassistischen Regimes, wie z. B. Nkomo in Simbabwe und einigen Verrätern in Südafrika. Die amerikanischen Imperialisten halten sich nach wie vor die Möglichkeit offen, diese Leute in der einen oder anderen Form an der Regierung zu beteiligen, um die kolonialistischen Regimes am Leben zu erhalten.

Zugleich aber drohte Kissinger den Völkern Afrikas mit der Peitsche und mit offener Intervention. Im südlichen Afrika, so erklärte er, „bahnt sich eine ernste Gefahr für den Weltfrieden" an. Diese Drohung Kissingers richtete sich zugleich an die andere imperialistische Supermacht, den russischen Sozialimperialismus, der sich seit langem bemüht, Einfluß auf die nationalen Befreiungsbewegungen zu nehmen, um, nach dem Beispiel Angolas, das Erbe des amerikanischen Imperialismus im südlichen Afrika anzutreten.

Die Völker von Azania, Namibia und Simbabwe, die das Feuer ihres Kampfes gegen die weißen rassistischen Regimes und deren imperialistische Hintermänner, mit dem amerikanischen Imperialismus an der Spitze, richten, erhöhen deshalb auch ihre Wachsamkeit gegenüber dem russischen Sozialimperialismus und seinen Lakaien.

So erklärte der Schatzmeister des „Pan Africanist Congress of Azania" (PAC) während seiner Rundreise durch die Bundesrepublik vor drei Monaten: „Es ist für die fortschrittliche Menschheit sehr wichtig, zu begreifen, daß die Sowjetunion nicht länger ein sozialistischer Staat ist, sondern eine sozialimperialistische Supermacht, die mit den Vereinigten Staaten um den Einfluß in der Welt kämpft. ... Die marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien und die nationalen Befreiungsbewegungen müssen entschieden gegen den Sowjetrevisionismus und das Hegemoniestreben der Supermächte kämpfen, ebenso wie sie gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Verbündeten, zu denen Britannien, Frankreich, Westdeutschland, Japan und die israelischen Zionisten gehören, kämpfen müssen."

Die Völker von Azania, Namibia und Simbabwe haben die Gespräche Kissingers mit Vorster mit höchster Wachsamkeit verfolgt und ihre Komplotte verurteilt. Sie sind entschlossen, den Kampf für ihre Befreiung bis zu Ende zu führen. **So heißt es in einer Erklärung eines Führers des Volkes von Azania, daß das azanische Volk entschlossen ist, sich auf den bewaffneten Kampf zu stützen, als dem einzigen Mittel, um das Rassistenregime zu stürzen und die Pläne Kissingers und Vorsters zum Scheitern zu bringen. Nur auf diesem Weg werden die Völker des südlichen Afrika im Vertrauen auf die eigenen Kräfte ihre Freiheit und Unabhängigkeit erkämpfen.**

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Bremer Genossen bei der Landagitation

Arbeiter und Bauern kämpfen gegen den gleichen Feind

An den vergangenen beiden Wochenenden hat die Partei im Raum Bremen einen wichtigen Schritt vorwärts gemacht bei der Schmiedung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den Bauern.

In kleinen Trupps durchzogen die Parteigenossen, zusammen mit Sympathisanten und Freunden zu Fuß und mit Autos, die ländlichen Gebiete östlich und westlich der Weser und trugen in über 50 Dörfer, in fast jedes Bauernhaus und fast jede Arbeiterfamilie bis hinauf zur Küste, die Grundsatzerklärung der Partei „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.



Genossen heften in den Dörfern Plakate an die Bäume, um die Bauern zur Parteiveranstaltung einzuladen.

Morgens in aller Frühe versammelten sich die Genossen in einem zentral gelegenen Dorf, bildeten dann Vierertrupps und wurden von der Einsatzleitung mit Heimatkarten versorgt, auf denen „ihr" Gebiet genau eingetragen war. Ausgerüstet mit Probeexemplaren des „Roten Morgen", mit Zeitschriften aus China und Albanien und mit Plakaten, die zu einer Parteiveranstaltung in einem Dorf aufriefen, fuhren die Trupps in das ihnen zugeteilte Gebiet und gingen dort bis zum Abend von Haus zu Haus und von Hof zu Hof.

Überall wurde die Partei freundlich aufgenommen. In vielen Fällen unterbrachen die armen Bauern und die unteren Mittelbauern, die an Samstagen und Sonntagen genauso hart arbeiten müssen wie wochentags, ihre Arbeit und unsere Genossen konnten zum Teil lange und herzliche Gespräche mit ihnen führen und viele wichtige Kontakte für die Partei knüpfen.

Mit großer Offenheit schilderten die Bauern ihre drückende Lage. Da ist zuerst der mühselige Arbeitstag. Das Bauernpaar E. aus Rönnelmoor z. B., beide über fünfzig, arbeitet im Sommer von morgens halb fünf bis abends acht, im Winter sogar bis abends zehn Uhr, während der Heuernte geht die Arbeit bis Mitternacht. Auf dem Hof ist jedes Leben erstorben. Die Kinder der E.s leben und arbeiten in der Stadt, denn der Hof ernährt trotz der vielen Arbeit keine zweite oder dritte Familie mehr. Die E.s gehören mit zu den jüngsten Bauern im Dorf. Es gibt für sie wie für alle keine richtigen Dorffeste mehr, keinen Feierabend, es gibt nur Arbeit und täglich schwerer werdende Schuldenlasten.

Während der vergangenen Jahre verschlimmerte sich die Lage der Bauern in der Wesermarsch noch durch eine Mäuseplage und durch die Dürre. Monatelang waren die Weiden durch die Mäuse wie umgepflügt, das Vieh hatte nichts zu fressen und immer wieder mußte notgeschlachtet werden. Von den Geldern, die die Regierung angeblich für die notleidenden Bauern zur Verfügung stellte, haben die E.s nur immer in der Zeitung gelesen, bekommen haben sie nichts. Einen besonderen täglichen Terror übt die örtliche Molkereigenossenschaft aus. Auf die Sekunde genau steht der Tankwagen vor der Tür, und ist der Bauer noch nicht fertig mit dem Melken, dann muß er sehen, wie er selber die Tagesproduktion an Milch zur Molkerei schafft. Den armen Bauern, die weniger als 7 Milchkühe haben, droht die Genossenschaft damit, daß sie ihnen demnächst die Milch nicht mehr abnehmen wird.

Stück um Stück erleben die Bauern, wie trotz ihres ungeheueren Fleißes die Landwirtschaft zerrüttet wird, und fast alle, die wir sprechen konnten, sagten: So geht es nicht mehr weiter! Und viele fragten: Wo ist der Ausweg? Das war der Anknüpfungspunkt für unsere Genossen über den Aufschwung der Landwirtschaft in den sozialistischen Ländern China und Albanien zu sprechen und den revolutionären Ausweg unter Führung der Partei auch für unser Land zu propagieren. In den meisten Fällen zeigten die Bauern während dieser Gespräche ein großes Interesse, die Grundsatzerklärung der Partei zu studieren, ein kleinerer Teil verabredete sich mit den Genossen für den Abend der Parteiveranstaltung oder zu einem nochmaligen Besuch.

In einem Dorf stießen die Genossen auf Spuren der Partei. Ein Bauer kannte „Dat rode Land". Er lieh es sich immer von seinem Nachbarn aus, dem die Zeitung zugeschickt wird. Er fand unsere Sache in Ordnung und führte ein langes Gespräch mit den Genossen.

Auch den Jugendlichen im Umkreis des Dorfes Schwieburg war die Partei nicht unbekannt. Hier hatte die ROTE GARDE dieses und vergangenes Jahr zu Pfingsten ein Zeltlager durchgeführt, zu dem auch die Bevölkerung der umliegenden Dörfer mit einem Flugblatt eingeladen worden war. Damals waren einige Jungbauern und Lehrlinge gekommen, und sie müssen ziemlich begeistert gewesen sein, denn als jetzt unsere Genossen die Jungen und Mädchen auf den Mofas anhielten, um ihnen die Grundsatzerklärung der Partei zu geben, da berichteten auch die, die nicht dabei gewesen waren, daß sie von dem Zeltlager nur Positives gehört hatten. Hier trafen unsere Genossen auch auf einen Jugendlichen, der einen Abend auf dem Pfingstlager verbracht hatte und seither auf Umwegen ein paar Mal den „Roten Morgen" und ein Buch über Mao Tsetung gelesen hatte. Er freute sich sehr, Genossen der Partei wiederzusehen.

„Du selbst wirst dafür sorgen . . ."

Den Höhepunkt der Landagitation bildete die Veranstaltung mit dem Genossen Ernst Aust, dem Vorsitzenden unserer Partei, am 10. September in Nordermoor. Es waren etwa 15 Jungbauern, Landarbeiter und Lehrlinge gekommen, und von den Genossen nur die, die sich fest verabredet hatten. So bestimmten die Fragen der Dorfjugend fast völlig den Verlauf der Versammlung. Zu Beginn erhoben sich nicht nur die Genossen, sondern auch ein Teil der Jungbauern und Lehrlinge, um den Genosse Mao Tsetung zu ehren, und Genosse Ernst Aust verlas den feierlichen Schwur der Partei. Dann begann Genosse Ernst Aust mit seinem Referat. Er beschrieb in anschaulichen Beispielen und Zahlen die Lage der Bauern und der Landbevölkerung, sprach in eindringlichen Worten, besonders an die Dorfjugend gerichtet, über die wachsende Kriegsgefahr und zeigte auf, daß und wie die Arbeiterklasse in Ost und West im Bündnis mit den Bauern den revolutionären Ausweg gehen wird. Oft wurde der Genosse Ernst von spontanen Stellungnahmen und Fragen der Jungbauern und Lehrlingen unterbrochen, und er beantwortete sofort, was am meisten auf den Nägeln brannte. Der AP-Trupp „Rote Reporter" führte ein Stück zur Wahl auf, in dem die bürgerlichen Parteien einschließlich der D„K"P entlarvt wurden und sang das Deutschlandlied der Partei.

Dann entbrannte die Diskussion. Die Fragen der Dorfjugend waren immer wieder: „Was ist euer Ziel; wie wird es im Sozialismus aussehen; lohnt es sich, dafür zu kämpfen?". Genosse Ernst beschrieb in so lebendigen Beispielen aus China und Albanien, was der Sozialismus bedeutet, daß ein leuchtendes Bild vor der Versammlung entstand, wie es in einem befreiten Deutschland aussehen wird, in dem die Arbeiterklasse und die Bauern die Macht haben. Vielen wurde klar: Es lohnt sich.

Da meldete sich ein Jungbauer und sagte: Ihr habt mich überzeugt, eigentlich müßte ich jetzt in eure Partei eintreten, aber eins hindert mich noch: Wer garantiert mir, daß wir das alles auch tatsächlich erreichen, daß nicht am Ende eine DDR daraus sich entwickelt?" Genosse Ernst antwortete: „Du selbst wirst dafür sorgen. Du selbst bist es, der das garantiert."

Nach Beendigung der Versammlung saßen die Genossen noch bis um Mitternacht mit der Dorfjugend an den Tischen zusammen und diskutierten weiter. An diesem Abend wurden viele aufgeweckt, einige wurden als neue Genossen gewonnen. Am Literaturstand der Partei kauften unsere neuen Freunde Schriften des Marxismus-Leninismus, einige verabredeten sich fest, um gemeinsam zu studieren, und es wurden Pläne gemacht, im Turnverein und in Jugendgruppen für die ROTE GARDE und die Partei zu werben und neue Menschen zu gewinnen.

Veranstaltungen zur Grundsatzerklärung der KPD/ML:



Bielefeld, 23. 9., 19 Uhr, Gaststätte „Zum Eggetal".

Rendsburg, 23. 9., 19.30 Uhr, Gaststätte „Grüner Kranz", Fockbeker Chausee. Es wird der Film „Rote Raketen" gezeigt.

Bensheim, 23. 9., 19 Uhr, „Dalberger Hof".

Neumünster, 24. 9., 19 Uhr, Bahnhofsgaststätte Südbahnhof, Altonaerstr. 19.

Heilbronn, 24. 9., 19.30 Uhr. Rosenau-Gaststätte, Innsbruckerstr. 2

Recklinghausen, 25. 9., 16 Uhr, Gaststätte „Gurk", Dortmunderstr. 122, „Boykottiert den bürgerlichen Wahlschwindel".

Kempten, 25. 9., Gasthof „Kleines Xaverl", Fürstenstr.

Konstanz, 25. 9., 19 Uhr, im „Sankt Johann".

Kiel, 25. 9., 19 Uhr, Gaststätte „Waidmannsruh".

Essen, 25. 9., 18 Uhr, Essen-Altenessen, „Parkrestaurant", Palmbuschweg 57, (Nähe Kaiserpark).

Offenbach, 25. 9., 18 Uhr, „Zum Nordring".

Nürnberg, 26. 9., 17 Uhr, Gaststätte „Schlachthof", Schlachthofstr.

Münster, 29. 9., 20 Uhr, Gaststätte „Burggraf", Universitätsstr. 9.

Lübeck, 30. 9., 19 Uhr, „Bismarckeck", Bismarckstr.

Rüsselsheim, 1. 10., 18 Uhr, Gaststätte „Zum Burggraf", Friedrich-Ebert-Str.

Braunschweig, 1. 10., 19 Uhr, Gaststätte „Vierlinden", Wiesenstr

Wiesbaden-Biebrich, 1. 10., 19 Uhr, Turnhalle.

Gießen, 2. 10., 19 Uhr, Gaststätte „Zur Stadt-Lich", Licherstr.

Augsburg, 2. 10., 19.30 Uhr, Gaststätte „Deutscher Kaiser", Hersenbachstr. 13.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . . .

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: . . . .

Straße: . . . .

Plz/Ort: . . . .

Unterschrift: . . . . Datum: . . . .

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo, Do u. Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen" Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

41 Duisburg 1, (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.